

Bezugspreis:

Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M., einjähr. 100.— M. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Zeit und Welt", der Unterhaltungsbeilage "Sonnenschein" und der Beilage "Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Anzeigenblätter kosten 250 M. "Kleine Anzeigen" das Setzgedruckte Wort 1.50 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 19. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Neue Erklärungen Lloyd Georges.

London, 18. Mai. (WIB.) Lloyd George machte einem Vertreter von Reuters folgende Darlegung: Ich halte an der Erklärung, die ich im Unterhause bezüglich Oberschlesiens abgegeben habe, fest. ...

für jede Entente unheilsoll

sein. Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der ober-schlesischen Frage eingenommen hat, sollte Frankreich nicht ansteigig sein. ...

Das Schicksal Oberschlesiens muß durch den Obersten Rat entschieden werden, nicht durch Korjantj. Es darf den Kindern des Vertrages nicht gestattet werden, ungestraft in Europa Geschick zu zerbrechen. ...

wo es so viel gibt, das uns trennt.

Diesemigen, die die Bestimmungen des Vertrages behandeln, als ob sie ein Sport für Leidenschaft und Vorurteil wären, brauchen nicht lange zu leben, um ihre Hülfslosigkeit noch zu bedauern. ...

Die neuen Erklärungen Lloyd Georges bestätigen die Annahme, daß die englische Politik nach den festigen Auseinandersetzungen mit dem Verbündeten wieder einem Kompromiß zustrebt. ...

Auch Sforza für schnelle Lösung.

Rom, 18. Mai. (Stefani.) Graf Sforza antwortete dem englischen Botschafter, der ihn im Namen seiner Regierung fragte, ob er an der interalliierten Konferenz zur Lösung der ober-schlesischen Frage teilnehmen werde. ...

Paris, 18. Mai. (Lil.) Die "Chicago Tribune" veröffentlicht folgendes Telegramm aus London: Das Foreignoffice kündigt an, daß eine Tagung des Obersten Rates Ende der Woche oder etwas später in Ostende oder in Boulogne stattfinden wird. ...

Keine Rohlinge.

Die Argumente, mit denen die französische bürgerliche Presse in der ober-schlesischen Frage mit Briand, Korjantj und Le Rond durch Dick und Dünn geht, sind teils zynisch, teils von ganz unfeindlicher Komik. ...

Die englischen Berichterstatter haben leicht reden. Die französischen Soldaten haben bisher in edler Weise eine schwere Pflicht erfüllt. ...

Es ist ganz interessant, von einem angesehenen französischen offiziellen Organ zu erfahren, daß man in Frankreich die Ansicht vertritt, der Versailler Vertrag gebe den polnischen gesinneten Einwohnern Oberschlesiens das Recht, sich mit Gewalt jenes Landes zu bemächtigen. ...

Reichsregierung gegen Freiwilligenwerbung.

Berlin, 18. Mai. (WIB.) Umlich. Die Not der bedrängten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere bei den heimatberechtigten Oberschlesiern, den Willen wachgerufen, den schwergefährdeten Brüdern in Oberschlesien beizustehen. ...

Es wird daher zur Vermeidung der gesetzlichen Straffolgen dringend davor gewarnt, solche Aufforderungen in irgendeiner Form zu erlassen, insbesondere sie in der Presse aufzunehmen.

Ententeanspruch gegen die Werbung.

Berlin, 18. Mai. Dem Auswärtigen Amt ist eine Note der Interalliierten Militär-Kontrollkommission zugegangen, worin darauf hingewiesen wird, daß in verschiedenen Teilen Deutschlands die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien stattfindet. ...

Durch die oben mitgeteilte amtliche Bekanntmachung dürfte wohl der Fall in befriedigender Weise erledigt sein.

Regierungsbildung.

Von Friedrich Stampfer.

Nichts wäre dem deutschen Volk in seiner gegenwärtigen Lage mehr zu wünschen als Stabilität der Regierungsverhältnisse. Daß seit mehr als zwei Jahren der Reichspräsident ein ruhender Pol in der Erscheinungen ...

Im Reich war durch die Juniwahlen v. J. und die unverständige Haltung der Unabhängigen eine Umbildung unvermeidlich geworden. Die Sozialdemokratie hat der damals entstandenen bürgerlichen Regierung eine Lebensdauer von elf Monaten gegönnt und von allen Versuchen, die Machtverhältnisse wieder zu ihren Gunsten zu ändern, abgesehen. ...

Kaum aber war dies geschehen, als das Experimentieren der bürgerlichen Mittelparteien schon wieder begann. Man entdeckte sofort, daß der neuen Regierung — was man bei der alten gern übersehen und bei der gegenwärtigen preussischen ebenso gern übersehen möchte — die nötige Breite der parlamentarischen Grundlage fehlt. ...

Ueber diese Frage darf man mit aller Ruhe sprechen. Gesichtspunkte der auswärtigen Politik müssen für sie entscheidend sein. Alles kommt darauf an, daß die jetzt eingeschlagene Linie der auswärtigen Politik weiter verfolgt wird. ...

Die Frage steht danach so, ob der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung dieser Politik förderlich oder schädlich ist. Würde sich die Deutsche Volkspartei geschlossen mit aller Energie und mit allen Kräften, die hinter ihr stehen, für jene Aufgabe einsetzen, dann würden die Vorteile ihres Eintritts alle Nachteile überwiegen. ...

Die Regierung wird in Erfüllung ihrer Aufgaben vor Maßnahmen nicht zurücktreten dürfen, die von den leitenden Kreisen der Industrie und des Handels als höchst drückend empfunden werden. Wenn solche Maßnahmen von volksparteilichen Ministern mitgemacht werden, dann wird der Widerstand gegen sie vielleicht etwas geringer sein. ...

Darum sei den Experimentatoren Vorschlag empfohlen. Sie mögen auch nicht vergessen — denn man muß mit gegebenen Tatsachen rechnen —, daß in den sozialdemokratischen Massen ein tief eingewurzeltetes Mißtrauen gegen die Deutsche Volkspartei besteht, an dem diese gewiß nicht unschuldig ist. ...

Man hüte sich aber, die Ablehnung der Deutschen Volkspartei als Koalitionsgenossin so zu begründen, daß daraus für Demokraten und Zentrum ein unverdientes Kompliment wird. Es ist überhaupt falsch, immer nur in Fraktionen zu denken und die Persönlichkeiten, die innerhalb der Parteien miteinander ringenden Strömungen zu übersehen. ...

trat, für ihn gekommen ist, so ist eben nur ein Nationalliberaler durch einen andern ersetzt worden. Hermes, der im Amt gebliebene Ernährungsminister, der dem Zentrum angehört, hat der Sozialdemokratie mehr Anlaß zur Kritik geboten, als die drei volksparteilichen Minister der früheren Regierung zusammen genommen.

Koalitionen sind eben immer Uebel, leider nur zu oft notwendige Uebel, und darum auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Daß für die Sozialdemokratie die Notwendigkeit bestand, die alte Koalition mit Demokraten und Zentrum zu erneuern, wenn sie nicht die Franzosen ins Ruhrgebiet einrücken lassen wollte, gibt unter vier Augen auch jeder Unabhängige zu. Sehr wird es Aufgabe der neuen Regierung sein, sich durch Klarheit ihres Programms und Festigkeit ihres Willens eine Mehrheit zu schaffen. Das ist viel besser, als wenn sie sich angstvoll nach neuer Bundesgenossenschaft umsieht, durch die sie sich nur mit neuem Mißtrauen belasten würde.

Wer der Deutschen Volkspartei nachläßt, läuft von der Sozialdemokratie fort und gefährdet die Fundamente des neuen Regierungsbauwerks, statt sie zu festigen. Und alle vierzehn Tage eine neue Regierung, das erträgt das deutsche Volk in seiner gegenwärtigen Lage nicht!

München, 18. Mai. Die Korrespondenz Hoffmann stellt amtlich fest, daß die Nachricht, dem bayerischen Handelsminister Hammele das Reichsfinanzministerium angeboten worden, wie etwaige sonstige Meldungen über einen Eintritt eines bayerischen Ministers in das Kabinett aus der Luft gegriffen sind.

Reich und Bayern.

Die Meldung der „N.“ über eine Note der Reichsregierung an Bayern in der Entwaffnungsfrage wird von einem hiesigen Spätabendblatt dementiert. An maßgebenden Stellen sei von dieser Note nichts bekannt gewesen. Dem gegenüber hält die „N.“ ihre Meldung voll aufrecht und teilt weiter mit, daß der bayerische Ministerrat sich am Donnerstag mit der Note der Reichsregierung beschäftigt werde. In der Note soll bekanntlich die Einreichung einer Liste jener Organisationen verlangt sein, die nach dem Entwaffnungsgezet aufgelöst werden müssen.

Maurenbrecher verstummt.

Die Beurteilung des Hohenzollernschloßes Eitel Friedrich ist der „Deutschen Zeitung“ so in die Glieder gefahren, daß sie in ihrer gestrigen Nachmittagsausgabe mit keiner Zeile über den Prozeß und seinen Ausgang berichtet. Offenbar findet Max Maurenbrecher, daß die Beurteilung eines Zollarsprossen als Kapitalschleier schlecht in die neue Hohenzollernlegende paßt, die er in der „Deutschen Zeitung“ spinnt. In seine alte, mit Ehrlichkeit geschriebene „Hohenzollernlegende“ würde sie sehr gut passen.

Sehr hübsch ist auch die Berichterstattung des „Reichsboten“. Am Schlusse der dritten Seite finden wir dort:

Das Urteil.

Nach etwa einstündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Rehbar folgendes Urteil:

Bilder unseres Kaiserhauses

in Kartenform: Kaiserin Auguste Viktoria im Fahrstuhl, unser Kaiserpaar im Jubiläumsjahr 1913, unser Kronprinz (Brustbild), die Kronprinzessinnen in Biberach, unser Kronprinz in der Schmiede zu Biberach, ferner Ansichten von Haus Doorn und Besichtigungsarten. Wir liefern alle diese Karten für je 1 Mark (einschließlich Porto). Papierhandlung des „Reichsboten“, Berlin SW. 11.

Das wirkliche Urteil ist gschämig auf die vierte Seite hinübergehoben worden. Der Verlag des „Reichsboten“ fürchtete offenbar mit Recht, daß seine Annonce ganz und gar ihre Zugkraft einbüßen würde, wenn die Leser vor ihr das Urteil zur Kenntnis genommen hätten.

Künstler und Konzertagenten.

Auf den Protestartikel des Vorsitzenden des Verbandes konzertierender Künstler Dr. Cahn-Spenger gegen die unter eigenartigen Umständen erfolgte Erhöhung der Agentengebühren geht uns nachträglich eine Erwiderung der Berliner Konzertdirektionen zu, der wir als Wesentliches entnehmen:

„Was ist ein konzertierender Künstler? Konzertierender Künstler kann sich jedes Menschenkind nennen, das imstande ist, selbst oder durch einen Dritten einen Konzertsaal zu mieten, Aklame zu machen, Publikum einzuladen und dann seine Kunst vor der Öffentlichkeit zu produzieren. Auf diese Weise in den Konzertbetrieb eingereicht, kann dieses Menschenkind, ohne Künstler zu sein, jahrelang sein Dasein im Bereiche der „konzertierenden Künstler“ zubringen, besonders wenn das Unglück will, daß einmal ein Kritiker einen günstigen Bericht über ihn geschrieben hat. . . . Die großen Künstler, die „Prominenten“, die Publikum herbeiziehen, haben niemals Reizung gezeigt, sich solchen Verbänden anzuschließen. Sie sind Selbstunternehmer und haben eine eigene Geschäftsführung, die sie bisweilen an geeignete Persönlichkeiten übertragen. Die Art der Geschäftsführung für diese Art Künstler ist derartig individuell, daß ein Unterordnen unter „Verbandsregeln“ ganz ausgeschlossen ist. Für den hochbegabten Künstler wäre es ein unerträgliches Gedankens, daß er durch seine Beiträge als Mitglied genötigt sein sollte, die Sopranistin Iräulein Marie Schulte, „konzertierende Künstlerin“, gewissermaßen vom Verbande zu unterstützen, deren Talent vielleicht hinreicht, um im engsten Familienkreise zu leuchten.“

Die Ursache von der Ausbeutung der Künstler durch die Konzertdirektionen ist gänzlich verfehlt. Niemand wird es eine Ausbeutung nennen, wenn die Konzertdirektionen ihre Arrangementsgebühren von 100 M. auf 200 M. resp. von 125 M. auf 250 M. pro Konzert erhöhen. In Friedenszeiten betrug die Arrangementsgebühr pro Konzert 60 M. Die Steigerung beträgt also nur etwa das Dreieinhalb- bis Vierfache des Friedenspreises, während die Geschäftskosten um das Acht- bis Zehnfache gestiegen sind. Außerdem ist der sogenannte „Verband der konzertierenden Künstler“ gar kein Verband. Der weitaus größte Teil der Künstler nimmt ihn nicht in Anspruch. Er ist nichts weiter als eine Konzertdirektion, die ihre Kundenschaft in Form von Mitgliedern wirbt.“

Herr Dr. Cahn-Spenger beantwortet die Zuschrift des Agenten mit folgender Replik:

„Nicht das ist der springende Punkt, ob eine Erhöhung der Agentengebühren kaufmännisch berechtigt ist, sondern daß die Agenten eigenmächtig, unter Nichtachtung der bestehenden Gesetze und Bestimmungen, die Erhöhung durchgeführt haben.“

Diese Tatsache wird auch nicht durch die Methode aus der Welt geschafft, dem Gegner, dem man nicht widerlegen kann, wenigstens zu beschuldigen. Für den Verband der konzertierenden

Was WTB. alles sieht.

Ueber die Beerdigung der Gattin Hindenburgs berichtet WTB. in schönstem Hoffstil. Sein Berichterstatter sieht zahlreiche Kränze, „darunter solche von Fürsten, Prinzen, Behörden und Korporationen“. Im Trauerzuge erblickt der gleiche Berichterstatter „Prinz Oskar von Preußen, Vertreter der Ministerien und anderer Behörden usw.“ — Wir dachten, daß es in der Republik Fürsten und Prinzen nicht mehr gäbe. Für das offiziöse WTB. existieren sie nicht nur, sondern rangieren auch immer noch fein säuberlich vor den Behörden. . . .

Eitel Friedrichs Leidensgefährte.

Vor dem Amtsgericht zu Bentheim spielte dieser Tage ein eigenartiger Prozeß. Angeklagt war ein Freund des ehemaligen Kaisers Graf S. (der volle Name wird in dem uns übermittelten Bericht leider nicht angegeben). Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Im Frühjahr 1920 war Graf S. zum Besuche seiner in Doorn weilenden Gattin gefahren. Er trug in seiner Rocktasche einen Brillantschmuck im Werte von 1 1/2 Millionen Mark bei sich, den seine Gattin bei einer Feierlichkeit anlegen sollte. In Bentheim wurden die Koffer des Angeklagten revidiert und mit dem Kontrollzeichen versehen. Vor Eintritt in den für die persönliche Untersuchung bestimmten Raum, entnahm der noch im Revisionsaal befindliche Angeklagte den Schmuck seiner Rocktasche und

legte ihn in seine schon revidierte Handtasche.

Dies wurde von einem Zollbeamten beobachtet und der Schmuck beschlagnahmt. Die Folge war die jetzige Anklage wegen verbotener Ausfuhr und Zolldefraudation. — Vor Gericht entschuldigte sich der Angeklagte damit, daß es sich um ein altes Familienerbstück handelte, welches lediglich zu jener Feierlichkeit getragen und dann nach Deutschland zurückgeschickt werden sollte. Er habe diese Ueberbringung des Schmucks für erlaubt gehalten. Der Staatsanwalt beantragte die im Befehle fest angeordnete Strafe des doppelten Wertes von 3 Millionen Mark Geldstrafe und Einziehung des beschlagnahmten Schmucks.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Nach der in Bentheim bei der Zollstelle herrschenden Praxis hätte eine Dame des gesellschaftlichen Kreises, dem der Angeklagte angehörte, einen derart wertvollen Schmuck ohne weiteres mit über die Grenze nehmen dürfen. Wenn die Gattin des Angeklagten den Schmuck selbst getragen hätte, würde dies mit Rücksicht auf ihre gesellschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht beanstandet worden sein. Daß der Angeklagte nicht diesen Umweg gewählt, sondern den Schmuck einfach in der Tasche mit hinüber genommen habe, spreche mehr für als gegen ihn.

In dem Urteil ist so viel von den „gesellschaftlichen Kreisen“, denen der Angeklagte angehört, die Rede, daß der Schluß gerechtfertigt ist: Ein Angehöriger anderer Gesellschaftskreise würde schwerlich einen Freispruch erzielt haben.

Ein Schildbürgerstreich.

Folgende launige Geschichte, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Psychologie vieler „republikanischer“ Offiziere wirft, wird uns von einem Leser des „Vorwärts“ mitgeteilt:

In Goslar am Harz geht vom Zwingergraben her ein Weg an der Domkapelle entlang, dessen Benutzung für Zivilpersonen durch ein Schild verboten ist mit der Aufschrift: „Das Ueberkreuzen des Exerzierplatzes ist für Zivilpersonen verboten. Königl. Garnisonkommando.“

Kommt da Anfang Mai 1921 ein Goslarer Bürger des Wegs entlang und wird vom Posten angehalten mit dem Bemerkten, daß er den Platz nicht überschreiten dürfe.

„Weshalb nicht?“

„Haben Sie denn das Schild nicht gelesen?“

„Natürlich! Aber das ist nicht mehr maßgebend, denn ein Königl. Garnisonkommando gibt es nicht mehr, deshalb kann dieses auch keine Anordnungen mehr treffen.“

Der Posten kann sich diesen Argumenten nicht verschließen, meldet aber den Vorfall dem Bataillon. Die Bearbeiter der Angelegenheit sehen anscheinend die Notwendigkeit einer Aenderung auch ein und die zufällig in der Kaserne anwesenden Waser werden beauftragt, das Wort „Königl.“ zu überpinseln. Dies geschieht.

Am Mittag kehrt die Truppe von einer Uebung zurück. Hauptmann Huderian, Kampagnieführer im III. (Jäger-)Bataillon 17,

reitet mit seinen Kompagnieoffizieren diesen Weg entlang und bemerkt die Veränderung auf dem Schilde. Seine Blicke schweifen herum; er glaubt den Frevler entdeckt zu haben. Der Gastwirt zieht am Eingange des Weges läßt sein Haus verschönern. Auf dem Gerüst arbeitet wohlgenut ein ehrfamer Waser.

Kein anderer wie dieser kann diese „Roststabsbefeldigung“ begangen haben. Nach seiner Ankunft in der Kaserne werden zwei Soldaten mit Waffen beordert, und der brave Wasermann wird trotz Sträubens verhaftet und in das Arresthaus abgeführt.

Nachdem sich die Sache aufgeklärt und es sich herausgestellt hat, daß die Abänderung von der Dienststelle angeordnet und ausgeführt worden ist, kann er seine dumpfe Zelle wieder mit dem lustigen Gerüst vertauschen.

Wahrscheinlich soll die Angelegenheit vertuscht werden. Trohdem dürfte die Frage angebracht sein: Wie verträglich eine derartige Handlungsweise mit dem republikanischen Geist unserer Offiziere?

Mecklenburgs Adel klagt!

Der B.N.Z. wird aus Mecklenburg geschrieben:

Die am 17. Mai 1920 geschaffene neue mecklenburgische Verfassung, die notwendige Folge der Revolution, hat neben vielen anderen auch einen der größten Skandale der vorrevolutionären Zeit in diesem Lande beseitigt: sie hat die Klöster Ribnitz, Ralswiek und Döbberin als Staatseigentum erklärt. Nach einem Rechtsmittel aus dem Jahre 1872 (!) stand die Ruhezierung dieser Klöster und ihres reichen Grundbesitzes dem mecklenburgischen alten Adel zu, der in ihnen seine unverheirateten Töchter bis an ihr seliges Ende versorgen ließ.

Die nachrevolutionäre Verfassung erklärt diese „Rechte“ des Adels auf die genannten Klöster für nichtig, hebt alle Ansprüche auf die Verwendung ihres Vermögens zu dem erwähnten Zwecke auf und spricht lediglich dem Staat das Recht der Verfügung und Verwaltung zu. Nun sollte man meinen, daß die mecklenburgischen Granden in dem Bewußtsein, die Ruhezierung dieser Klöster drei und ein halbes Jahrhundert genossen zu haben, ihren Frieden mit der neuen Verfassung machen und das Unzeitgemäße — um nicht zu sagen Standalöse — des alten Zustandes einsehen würden. Weit gefehlt! Die „Klosterberechtigten“ haben jetzt den Freistaat Mecklenburg auf Wiederherstellung des alten Zustandes verklagt. Ihre Klage verlangt „Herausgabe des Klostervermögens und Feststellung ihrer Klosterrechte“. Es scheint doch, daß hier selbst das mecklenburgische Gericht wird verurteilt werden. Mit dem gleichen Recht können nämlich die „Ritter“ auf Abschaffung der gesamten neuen Verfassung und auf Wiederherstellung der vorstaatlichen politischen Verhältnisse der vorrevolutionären Zeit klagen! Das Ganze ist eine Illustration des Wortes: Adel verpflichtet!

Unterstützung der Landesversicherungsanstalten.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat folgenden Antrag der Abgeordneten Braun, Brückner und Genossen eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß unerbittlich ein Notgesetz erlassen wird, welches den Landesversicherungsanstalten gestattet, geeignete Maßnahmen zur Behebung ihrer finanziellen Schwierigkeiten zu treffen, damit die bisherigen Einrichtungen dieser Anstalten, insbesondere Heilverfahren, Jahrsfürsorge usw. fortgeführt werden können.

Eine Karte vom Abstimmungsgebiet Oberschlesien wird vom Pressedienst für Oberschlesien, Oea-Verlag, herausgegeben. An vielen Orten, an denen sich die Polen Gewalttakte haben zuschulden kommen lassen, sind rote Punkte angebracht; alle übrigen Wahlbeeinflussungsakte sind durch blaue Punkte gekennzeichnet. Die Karte zeigt außerordentlich plastisch die traurige Lage Oberschlesiens, das bei einer von polnischem Terror freien Abstimmung unzweifelhaft eine noch weit größere deutsche Mehrheit erlangt hätte.

Künstler Deutschlands ist derjenige ein konzertierender Künstler, der konzertiert; die Auslese vollzieht das Publikum, sowie die Presse, bei der es übrigens die Agenten gewöhnlich nicht für „ein Unglück“ halten, wenn sie einen günstigen Bericht bringt. Pflegen sie doch gerade dieser Pressebesprechungen wegen die Künstler, oder die es werden wollen, zur Veranstaltung recht vieler Konzerte zu überreden. Unsere Methode verdient immer noch den Vorzug vor derjenigen der Konzertagenten, bei denen der entscheidende Faktor nicht die Kunst, sondern das Portemonnaie des Künstlers ist. Unsere gemeinnützige Konzertabteilung sieht nicht nur unseren Mitgliedern, sondern allen konzertierenden Künstlern zur Verfügung. Die Agenten dürften am besten wissen, daß wir z. B. auch einen Rechtschutz für unsere Mitglieder haben. Ferner arbeiten wir — nicht ganz wie die Agenten — ehrenamtlich und gegen bloße Deckung der Betriebskosten. Daß wir „kein Verband“ sind, wird den Registerrichter, der uns in das Vereinsregister eingetragen hat, sehr interessieren.

Originell ist es, daß die Konzertagenten die Qualität unserer Mitglieder herabzumwürdigen suchen, während sie sich bemühen, uns die Mitglieder, die sich einen Namen erworben haben, abspenstig zu machen. Ueberdies beklagen die Agenten den Verlust einer erklecklichen Anzahl von Künstlern, die zu uns abgewandert sind. Wenn vorläufig noch nicht alle „Prominenten“ in unseren Reihen sind, so liegt das in erster Linie an dem Terrorismus der Agenten, die jedem, der zu uns kommt, die Kehle zuzuschneiden suchen.“

Wenn ein General Gemüse baut . . . Aus Kassel wird uns geschrieben: Die Stadt Kassel plant, die Gartenterrasse des Baummeisters du Ry in der Karlstraße zu einer Kriegergedächtnisstätte umzuwandeln. Das Preussische Landwirtschaftsministerium als Besitzer des Gartens und des Belleoone-Schlösses, zu dem dieser gehört, veräußert die Gartenterrasse für 1000 M. an die Stadt Kassel. Nun macht das Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel, das in das ehemalige Generalkommando in dem erwähnten Schloße eingegangen ist, größte Schwierigkeiten: General v. Hülsen baut auf der Terrasse Gemüse. . . . Ueber die Rechte auf Schloß und Garten schwebt gegenwärtig ein Prozeß zwischen dem Reichswehrministerium und dem Preussischen Landwirtschaftsministerium. Letzteres behauptet, nur ein preussischer General habe laut altem Vertrag Benutzungsrechte. Der Befehlshaber des Gruppenkommandos sei ein Reichsgeneral. Also: Preußen wider das Reich! Um das Denkmal bald bauen zu können, hat der Magistrat der Stadt Kassel, vertreten durch den Oberbürgermeister Scheidemann, jetzt das Anerbieten gemacht, dem General in dem anliegenden großen Obgart, dessen Ruinierher General ebenfalls ist, einen neuen Gemüsegarten anzulegen! Da zu der Terrasse vom Schloße aus ein elektrisch erleuchteter unterirdischer Gang führt, soll der Magistrat einen neuen Tunnel nach dem neuen Gemüsegarten bauen! Die Verhandlungen schweben noch, und ehe nicht diese beendet und der Prozeß zwischen Preußen und dem Reich zu Abschluß kommt, kann auf Grund des militärischen Widerstandes den kurlandischen Gefallenen kein Denkmal errichtet werden. Die Stadt hat jetzt zunächst eine Hoffnung. In

diesem Herbst noch mögen misitärishes Gemüse und Generalsobst friedlich nebeneinander in einem Garten gedeihen!

Das Ende des Sperrschloßes. Wenn man den Zeitungsberichten glauben darf, dann wird das „Sperrgeld“ in Wien aufgehoben werden. Ein Weltkrieg mußte das Habsburger Reich zerbrechen, die Habsburger mußten aus dem Lande gejagt werden, ehe die vorstaatliche Einrichtung des Sperrgeldes beseitigt werden konnte.

Einen Hauserschlüssel besaß nur der Hausbesitzer (Hausherr) und der Pförtner (Amisdeutsch: Hausbesorger; Wiener Deutsch: Hausmeister; Benerisch: Hausmasia). Wer eine große Wohnung inne hatte, jahrelang im gleichen Hause wohnte, stets pünktlich „Zins“ zahlte, mit dem Hausherrn mindestens auf gutem, mit dem Hausmeister auf tadellosem Fuße stand, konnte auf besonderem Wunsch — gegen Zahlung einer entsprechend hohen Gebühr — einen Schlüssel (jederzeit widerruflich) erhalten. Alle gewöhnlichen Sterblichen — und das waren mindestens 99 Prozent der Wiener Bevölkerung — waren davon ausgeschlossen und hatten als brave Untertanen vor Lozeschlus in ihren 4 Wänden zu sein. Kamen sie aber doch später, dann mußten sie klingeln und dem nach einigen Minuten Öffnenden Hausmeister ein „Sechser“ (10 Kreuzer = 20 Heller = 17 Pfennige) zahlen.

Ueber die österreichische Unpünktlichkeit ist viel gespottet worden; einer war immer pünktlich auf die Sekunde: der Hausmeister. Das Schloß der nächstgelegenen Richturmühle war für ihn stets maßgebend. In Wien mit seinen mehr als 100 katholischen Kirchen kam es oft vor, daß man vor dem gleichen Hause das Schloß mehrerer Uhren hörte. Für den Hausmeister war natürlich jene „Zuständig“, die jeweils zuerst 10 Uhr schlug.

Wie unsozial das Sperrgeld war, kann man daraus ersehen, daß es für Arm und Reich grundsätzlich gleich hoch war und man keinen Unterschied machte, ob einer vom Setzgelde oder von der Berufsarbeit oder von einer ehrenamtlichen Tätigkeit kam. Es ist sehr schade, daß keinerlei statistische Aufzeichnungen darüber vorhanden sind, wie viele Verfassungen verlegt oder vorzeitig geschlossen werden mußten, weil der größte Teil der Besucher zur Vermeidung des Sperrgeldes weggegangen war.

Im übrigen werde ich erst dann an die Beseitigung des Sperrschloßes glauben, wenn ich mich an Ort und Stelle davon überzeugt habe.

Staatliches Schandvielfeld. Sonntag, 22. d. Mts., vormittags 7, 12 Uhr Wiederholung der Mittagsveranstaltung „Bei Goethe“ zum Festen des gebürtigen Goethe-Hauses in Frankfurt a. M.

Die Staatlichen Museen sind von jetzt ab unentgeltlich geöffnet: Altes und Neues Museum; Dienstag und Freitag; Kaiser-Friedrich-Museum; Mittwoch und Freitag; Museum für Völkerkunde, Sammlung für deutsche Volkskunde und Zeughaus; Montag und Donnerstag. — Das Schloßmuseum (Kunstgewerbemuseum) ist vorläufig noch nicht geöffnet.

Der bevölkerungspolitische Kongreß der Stadt Köln, der für die Zeit vom 17. bis 21. Mai 1921 vorgesehnen ist, findet bestimmt statt.

Die Schule in Ruhland. Nach einer in der Moskauer „Pravda“ veröffentlichten Statistik gibt es in den Gouvernements des europäischen Rußlands 97 465 Volksschulen mit 5 042 530 Schülern. Von diesen Schulen waren im Jahre 1916 in Ruhland 90 000 Volksschulen mit 5 000 000 Schülern vorhanden. Da die Zahl der schulpflichtigen Kinder (vom 7. bis 12. Lebensjahr) über 10 Millionen beträgt, gemißt noch die Hälfte aller Kinder keinen Schulunterricht.

Groß-Berlin

Mieterschutz in Groß-Berlin.

Das Wohnungsnotrecht für die neue Stadtgemeinde Berlin, das am 15. Mai mit der im Gemeindeblatt erfolgten Veröffentlichung in Kraft getreten ist, wird von dem Neuköllner Stadtrat Brumbg, dem Leiter des Berliner Zentralamts für Wohnungswesen, in einer kleinen Schrift (Verlag Franz Bahlen, Berlin) dargestellt und erläutert.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes über die neue Stadtgemeinde Berlin mußten die Bestimmungen zum Schutze der Mieter und zur Milderung des Wohnungsmangels, die in den jetzt zur Einheitsgemeinde zusammengesetzten Einzelgemeinden bisher sehr verschieden waren, eine einheitliche Form erhalten, um der Ungleichheit des Rechtszustandes ein Ende zu machen. Die neue Stadtverordnetenvertretung äußerte einen dahingehenden Wunsch sehr bald nach ihrem Zusammentritt, und im Auftrage des Magistrats machte sich dann das Zentralamt für Wohnungswesen an die Arbeit, deren Ergebnis von der Deputation für das Wohnungs- und Siedlungswesen und danach vom Magistrat gebilligt wurde.

Eine wichtige Folge dieser Vereinheitlichung ist z. B., daß fortan in dem ganzen Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin der Vermieter die vorherige Anrufung des Mieteinigungsamts nicht nur für Kündigungen, sondern auch für Erhebung von Räumungsklagen und für Vollstreckung von Räumungsurteilen, von einstweiligen Verfügungen und Vergleichsnotwendig hat. In den bisher selbständigen Stadt- und Landgemeinden Groß-Berlins gab es über 90 selbständige Mieteinigungsämter, künftig aber sollen hier außer den 12 Einigungsämtern des früheren Berlin nur noch 14 Einigungsämter für die 14 äußeren Verwaltungsbezirke, im ganzen also nur 26 Einigungsämter bestehen, nicht als selbständige Einrichtungen, sondern als Abteilungen des Zentraleinigungsamts Berlin. Zur Herbeiführung der notwendigen Einheitlichkeit in der Schiedssprechung sollen Richtlinien durch das Zentraleinigungsamt aufgestellt werden, und zwar unter Mitwirkung eines gemischten Ausschusses, in den die Abteilungen entsenden ihre ersten Vorsitzenden, eine Vertretung des stellvertretenden Vorsitzenden und alle Obleute der Mieter- und Vermietervereine.

Auch die einheitliche Handhabung der für die neue Stadtgemeinde Berlin nunmehr einheitlichen Bestimmungen über Mahnahmen gegen den Wohnungsmangel soll durch Richtlinien gesichert werden, die das Zentralamt für Wohnungswesen als ausführendes Verwaltungsorgan des bei der Wohnungs- und Siedlungsdeputation bestehenden Wohnungsausschusses aufstellen wird. Die Wohnungsamter der Verwaltungsbezirke sind als Ausführungsorgane der Zentrale gedacht, doch stehen hier die Einzelheiten der Organisation noch nicht fest. Eine wesentliche Eindämmung der Unzufriedenheit mit der Vergebung von Wohnungen wird davon erwartet, daß künftig Bezirkswohnungskommissionen hiermit betraut werden sollen.

Brumbg schildert in seinem lehrreichen Schriftchen sehr eingehend den Rechtszustand, wie er sich aus dem neugefaßten, einheitlichen Wohnungsnotrecht ergibt. Er teilt das Wohnungsnotrecht im vollen Wortlaut mit und begleitet ihn mit Erläuterungen.

Berlin — Halle.

Der Ausbau der viergleisigen Strecke

Die Arbeiten am viergleisigen Ausbau der Strecke Berlin-Halle, die bereits vor dem Kriege in Angriff genommen worden sind, während des Krieges infolge Arbeiter- und Materialmangel jedoch z. T. eingestellt werden mußten, sind jetzt wieder aufgenommen worden. Das dritte und das vierte Gleis auf dieser Strecke soll die unbedingt erforderliche Entlastung der mit Fern- und Güterzügen außerordentlich überlasteten Strecke bringen. Neben den umfangreichen Erdarbeiten waren auch zur Durchführung des Planes der Umbau der Bahnhöfe Jüterbog und Luckenwalde erforderlich, die zum Teil jetzt vor dem Abschluß stehen. Während der Bahnhof Luckenwalde bereits die vorgeesehenen zwei Bahnsteige hat, neben denen links der Bahnstrecke

Berlin—Jüterbog das neue Bahnhofsgebäude errichtet worden ist, bestehen auf dem Bahnhöfe in Jüterbog bisher nur zwei Bahnsteige, die späterhin um zwei weitere vermehrt werden sollen, für die ein Durchgangstunnel vor einiger Zeit bereits fertiggestellt ist. Weiterhin sind auch große Gleisunterfahrungsanlagen hinter dem Bahnhöfe Jüterbog im Rohbau fertiggestellt worden, in den nicht weniger als sechs verschiedene Strecken einmünden, die sämtlich ohne Kreuzungen in gleicher Ebene gedacht sind. Zwischen Jüterbog und Luckenwalde, wo auf weiten Strecken der Bahndamm für die beiden neuen Gleise fertiggestellt ist, ist jetzt das dritte Gleis stellenweise zur leichteren Heranführung der Bauzüge mit Material usw. hergestellt worden, während an anderen Stellen das Planum für die neuen Gleise mit Feldbahnen usw. hergestellt wird.

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat Juni zum Preise von 10 M. einschl. Zustellungsgebühr bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Das Aushilfskind.

Die engstirnige Heuchelei, die mit dem Begriff der unehelichen Mutter eine Art „Schande“ verband, findet heute nur noch in erzkonservativen Frömmertumskreisen Boden. Für diese begriffswerte Wandlung ist es bezeichnend, daß es heute bereits Mädchen gibt, die sich fälschlich als uneheliche Mütter bezeichnen — um einen persönlichen Vorteil zu erzielen. Ein solcher Fall kam in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Sprache.

Nach einer Berechnung des „Demobko“ müssen, um der Arbeitslosigkeit in Berlin zu steuern, Arbeiter und Angestellte, welche am 1. Juli 1914 nicht in Berlin anwesend waren, nach und nach entlassen werden. Eine Ausnahme hiervon machen u. a. auch ledige Mädchen, die ein Kind zu ernähren haben. Die Folge der Verordnung war, daß viele junge und ältere Mädchen, die als Verkäuferinnen oder Arbeiterinnen tätig sind, dem Arbeitgeber verschämt mitteilten, daß der Kündigungsgrund in Wegfall komme, da sie ein Kind zu ernähren hätten. Aber auch andere vielseitige junge Damen wußten sich Rat, wie der Fall der jetzigen Angeklagten, der Verkäuferin Elli W., zeigt. Auch sie hatte die Kündigung erhalten, da sie erst während des Krieges nach Berlin gekommen war. Eines Tages trat sie hoch erglühend dem Chef der Schuhwarenfirma Leifer entgegen und erklärte ihm unter Vorlegung einer Urkunde eines Ständesbeamten ihres Heimatortes, daß sie ein Kind habe und deshalb die Kündigung ungültig sei. — Vor Gericht machte der Verteidiger als strafmildernd geltend, daß die Angeklagte von einem Rechtskonsulenten falsch informiert worden sei, daß man eine Abschrift ruhig unterschreiben könne. Das Gericht erkannte auf 3 Tage Gefängnis unter Anwendung der bedingten Begnadigung.

Unberechtigte Beamtenempfindlichkeit.

Wer die Mängel des Berliner Verkehrswesens kennt, wird begreifen, daß einem Fahrgast mal die Galle überlaufen kann. Es verdient härtesten Tadel, wenn so ein Unzufriedener seinen Vexer an einem Verkehrsbeamten ausläßt, der für diese Wirtschaft gar nicht verantwortlich ist. Aber andererseits sollte auch kein Verkehrsbeamter in einer etwas kräftigen Keuschung des Verdrußes so

gleich eine „Beamtenbeleidigung“ sehen, die vor den Strafrichter gehört. Auf dem Ringbahnhof Papestrasse ist es vor längerer Zeit einem Fahrgast passiert, daß er von dem Bahnhofs-vorsteher angehalten wurde, weil er den Betrieb „verwahrloßt“ gelassen hätte. Er mußte im Dienstraum die Prozedur der Feststellung seiner Personalien über sich ergehen lassen, wobei man wegen Bemängelung seines Ausweispapiers sogar zu der Zwangsmahregel griff, ihn noch auf die nächste Polizeiwache zu bringen. Da er das Vorgehen für unbillig hielt und auch die Form als ungebührlich empfand, so reichte er Beschwerde ein. Nachdem er vier Monate gewartet hatte, erhielt er endlich von der Eisenbahndirektion Berlin den Bescheid, der Aufsichtsbeamte habe jene Keuschung „als eine Beleidigung und Herabsetzung der Eisenbahnbeamten aufgefaßt“ und sei deshalb zur Feststellung geschritten. Daß die Feststellung unzulässig gewesen sei, sagte der Bescheid nicht. Kann ein Bahnhofs-vorsteher, fragen wir hier, wirklich eine Beleidigung der Eisenbahnbeamten darin sehen, daß jemand den Betrieb auf unseren Stadt-, Ring- und Vorortlinien als „verwahrloßt“ bezeichnet? Braucht er und seinesgleichen solche Ausbrüche eines mehr oder minder berechtigten Kerkers auf sich zu beziehen? Nein, wir halten diese Beamtenempfindlichkeit für sehr übertrieben. Weiß doch jeder, daß Vorwürfe wegen der skandalösen Verkehrszustände an ganz andere Adressen zu richten wären. Den leitenden Persönlichkeiten aus der Eisenbahndirektion Berlin empfehlen wir, einmal vier Wochen hindurch Tag für Tag zwei oder vier Fahrten auf den Stadt-, Ring- und Vorortlinien zu machen, nicht im reservierten Dienstabteil, sondern mit anderen Sterblichen im vollgepackten Abteil dritter Klasse. Da könnten sie das Berliner Verkehrselend am eigenen Leibe sehr unangenehm spüren und zugleich selber hören, wie die arbeitende Bevölkerung darüber denkt.

Gegen die polnischen Gewalttaten.

In der großen Protestversammlung im Lehrervereinshaus, die von fast 1000 Personen besucht war, sprach als Hauptredner Genosse Eduard Bernstein. Seine Ausführungen, die sich auf ein sachliches Studium der oberflächlichen Verhältnisse stützten, stießen, was nicht zu verwundern war, auf den Widerstand einiger rechtsstehenden Parteien angehöriger Versammlungsbesucher. Genosse Bernstein erwähnte besonders, daß auch für Oberschlesien nur die Internationale, das internationale Zusammenarbeiten der Arbeiterschaft Deutschlands mit der Arbeiterschaft der siegreichen Länder das Mittel sein könne, diesem notleidenden Teil unseres Vaterlandes Ruhe und Ordnung zu geben. Starker Beifall belohnte den Genossen Bernstein zum Schluß seines Referates. Es wurde hierauf eine Entschließung angenommen, in der Protest gegen die räuberischen Gewalttaten der Polen erhoben, den Italienern der Dank für ihr heldenhaftes Verhalten ausgesprochen und sofortiges Einschreiten der Entente in Wahrung ihrer übernommenen Pflichten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Schutze von Leben und Eigentum gefordert wird. Die Resolution klang aus in den Worten: „Oberschlesien gehört zu Deutschland.“

Ameisen — eine neue Wohnungspflanze.

Nach Berichten, die dem Laboratorium für Vorratsschädlinge in der Biologischen Reichsanstalt in Dahlem zugegangen sind, häufen sich in letzter Zeit die Klagen über massenhaftes Auftreten von Ameisen in den Häusern, besonders in den Vorratsräumen und Speisekammern. Von einem Einfallender wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um bisher in Deutschland nicht vorhandene Arten handelt, die mit Lebensmittelpartikeln aus Amerika eingeschleppt worden sind. Die Biologische Reichsanstalt in Berlin-Dahlem bittet daher um Mitteilung von Beobachtungen und Einsendung von Proben. Die Ameisen werden am besten in denaturiertem Spiritus (Wasserspirit) konserviert. Aufträge für Verpackung und Porto werden von der Biologischen Reichsanstalt gern vergütet.

Flüchtige Desraudanten. Wegen Unterschlagung von 50000 Mark wird ein 26 Jahre alter Robert Pauel gesucht, der auf Dienstvertrag bei der Kassenverwaltung des 2. Bataillons des Infanterieregiments 9 in Groß-Lichterfelde angestellt war. Pauel unterschlug der Verwaltung, die sich in der Kaserne des Garde-Schützen-Bataillons befindet, das Geld und verschwand damit. Seine Spur führt nach dem Rheinlande. Auf die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine Belohnung von 10 Proz. ausgesetzt. — Mit 25000 Mark brannete ein 19 Jahre alter Kaufbursche Adolf Zacharias aus Schöneberg seinem Arbeitgeber durch. Der Geschädigte sichert für die Wiederbeschaffung des Geldes eine hohe Belohnung zu. Mitteilungen über Pauel nimmt der erste

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regz.

„Man hat ja selber ein wenig Angst davor, daß es nicht gehen wird,“ begann er von neuem. „Aber dann müssen wir eben sehen, daß wir anderswo hingehen. Die Welt ist ja groß, und hier zu wohnen, das hat ja doch keine besonderen Vorzüge. Verlieren tut man nichts, wenn man wegzieht. Schändlich ist es bloß, daß man sich alles hat herauspressen lassen; leicht wird es sicher nicht sein, wieder von vorne anzufangen.“

„Bekommt du denn dein Geld nicht wieder, wenn wir reifen?“

„Ach nein, du. Der Krugwirt ist überhaupt nicht der Mann, der etwas herausgibt, wenn er erst einmal seine tote Hand darauf gelegt hat. Und außerdem soll er selber Geldschwierigkeiten haben.“

„Der Krugwirt? Der so viel Geld hat?“

„Ja, du willst es nicht glauben, — wie so viele. Die Sache ist wohl die, daß er an Banken und anderswo schuldet; das Ganze soll bestehen sein, wird erzählt. Darum baut er auch das Badehotel nicht. Die Banken wollen ihm kein Geld leihen. Man hat ja geglaubt, daß ihm das Ganze gehöre, aber das ist ganz und gar nicht der Fall. Es soll ihm schwer genug fallen, die Termine einzuhalten; jetzt zum Junitermin erwartete man sogar, daß er Bankrott machen würde. Das erklärt ja, daß er erbittert ist.“

„Was für Freude hat er denn dann von dem Ganzen? Dann hält er uns ebenfogut das Infere behalten lassen können.“

„Ja, viel Freude kann er nicht haben, wenn er's auf die Besse treibt; aber es muß ihm wohl was in seiner Natur dazu treiben. In diesen Tagen stehen die Sprossen bis ganz hin zur Küste, so dicht, daß du sie eimerweise aufnehmen kannst. Die Matrosen jagen sie hier herauf; die stehen draußen in dichten Schwärmen, fressen sich in das Gewimmel hinein und drängen vorwärts. Und wieder draußen, da fressen der Seehund und der Delfin auf die Matrosen los und pressen sie weiter nach dem Lande zu. So geht es wohl auch hier; der Krugwirt jagt uns aus, und andere jagen wieder ihn

und seinesgleichen aus. Man möchte wohl wissen, ob über denen wieder einer steht, der sie aufricht.“

„Wie seltsam!“ sagte Stine. Sie hatte sich nie etwas über dem Krugwirt Stehendes vorstellen können.

„Ja, wunderbar ist es! Man könnte sagen, der eine Teufel regiert den anderen, hoch geht über hoch. Aber wohl-tuend ist's doch, wenn man sich ausmalt, daß es dem Krugwirt schließlich ebenso geht wie unsereinem. Ein bißchen Gerechtigkeit ist doch dabei, so lärglich sie einem auch vorkommen mag.“

11. Stine tröstet einen Mitmenschen.

Als Stine nach Hause kam, war der Hof voll von Fremden. Karl stand draußen nach dem Feld hin und spähte aus, als ob er sie erwartete. „Das war gut, daß du gekommen bist,“ sagte er sieberhaft. „Mutter ist zurückgekommen, — mit einer ganzen Gesellschaft. Sie ist so wütend darüber, daß du ohne Urlaub weggerannt bist.“

„Aber das bin ich ja gar nicht,“ wandte Stine verwundert ein.

„Aber sie glaubt es. Nun mach, daß du hinten herum in die Waschküche kommst, und begib dich an die Arbeit, dann bemerkt sie dich vielleicht nicht, sonst schimpft sie bloß.“ Er war ganz nervös.

„Warum hast du denn nicht gesagt, daß du mir erlaubt hattest, nach Hause zu laufen?“ fragte Stine.

„Das wagte ich nicht, denn dann —“ Verlegen und jämmerlich stand er da und wußte nicht, was er sagen sollte.

Stine ging durch das Tor über den Hof hinein; sie mochte sich nicht auf Hinterwegen ins Haus schleichen. Sollte sie ausgeholten werden, so mußte sie das hinnehmen. — Eine war sehr beschäftigt. „Gott sei Dank, daß du kommst und Hand anlegen kannst,“ sagte sie, „man wird beinahe verrückt. Aber freu dich, daß du nicht vor einer Stunde gekommen bist; die Bäuerin war so wütend, daß sie dir Prügel versprochen. Und Karl, der Jammerlappen, hat ja den Mund gehalten und nicht gesagt, daß er dir erlaubt hat, fortzugehen.“

„Ja, der —“ Stine verzog geringschuldig die Oberlippe. „Aber sie soll es bloß versuchen, mich zu schlagen; ich trete ihr mit meinen Holzschuhen gegen die Schienbeine.“

„Herrje, bist du nicht gelacht, Mädchen — ihre Beine sind ja voll Krampfadern! Nimm mal an, du trätest ihr Löcher, und sie verblutete sich...“ Eine war ganz erschrocken.

„Ja, was denn? Das ist mir doch gleichgültig,“ sagte Stine.

Stine wurde mit dem Aufwaschen beauftragt. Sie war sehr ärgerlich auf die Bäuerin, weil sie auf den Gedanken kommen konnte, sie zu schlagen, auf Karl, weil er sie im Stich gelassen hatte, auf die Kinder im Dorf, weil sie die Mutter nicht in Ruhe ließen, — sie war zornig auf alles. Während des Aufwaschens hantierte sie unnötig laut mit den Gegenständen, so daß sie leicht hätten entzweigen können; Stine mußte sie zu beschwichtigen suchen. Aber das Mädchen hörte nicht, sie hatte gewiß einen Raptus, meinte Stine, so ein Rüken, — die konnte gut werden! Stine mußte sie resolut am Arm packen, bevor sie zur Besinnung kam. „Aha, ich bin so zornig!“ sagte Stine.

Sine lachte laut. „Dann hätte ein anderer wohl noch mehr Grund, zornig zu sein! Da kommt einer nach dem anderen in die Küche gerannt und will Befehle geben, — und wie frech sie sind! Man sollte glauben, die Bäuerin hätte den Verstand verloren. Sie pflegt doch sonst die Frau im Hause sein zu wollen.“

Am zornigsten war Stine trotzdem auf Karl. Er wollte nicht drinnen sein, sondern ging protestierend auf dem Hof umher, machte sich dies und jenes zu tun — und sah jämmerlich aus. Wenn er überzeugt war, daß niemand es sah, so drohte er nach den Stubenfenstern hin. Ja, das war der Rechte zum Faustballen! Stine hatte Lust, hinauszugehen und ihn zu fragen, ob er nicht einen Unterrock von ihr leihen wollte.

Rein, ganz richtig bei Verstande konnte die Bäuerin nicht sein. Sie kam in die Küche, mit rotem Kopf und hoch aufgeschürzt; ihr Haar war unordentlich, es hob sich von ihrem Kopf, wie die Mähne bei einem Hengst. Und Johannes kam hinter ihr hergesprungen; die gesehnte Frau, die man sich bald als Großmutter denken konnte, gebärdete sich mädchenhaft und verliebt. Das stand ihr nicht. Sie hatte gewiß reichlich getrunken, — Stine sah sie überhaupt nicht!

Gleich darauf kam Karl in der Tür der Waschküche zum Vorschein, — er hatte draußen im Halbdunkel gestanden und das Ganze mit angesehen. Er winkte Stine. „Ihr dürft nicht darüber lachen,“ sagte er flehentlich, „das kann ich nicht aushalten!“ Wie kümmerlich er ausah! Stine vergaß auf einmal ihren Groll. „Rein, wir wollen's nicht tun,“ sagte sie und berührte seine Hand. „Es ist übrigens auch nichts zu lachen dabei! Aber nun geh zu Bett, dann verschläfst du das Ganze.“

(Fortf. folgt.)

Polizei nach Oberhieslein. Wegen der durch die politischen Unruhen in Oberhieslein eingetretenen schweren Störungen des Eisenbahnverkehrs mußte die Annahme von Paketen und Briefsendungen nach dem oberhiesleischen Abzweiggebiet durch die Postanstalten bis auf weiteres eingestellt werden.

Der Kampf um die Eisenbahnpreise. Wir berichteten vor einiger Zeit darüber, daß die Bewohner des westlichen Teiles des Kreises Leitow beschloßen hätten, die oberen Wagenklassen der Anhalter Bahn zu boykottieren, um so die Eisenbahn zu zwingen, mit den hohen Fahrpreisen, die die Siedlungslosigkeit bedrohen, und für viele, die draußen wohnen und in Berlin arbeiten, eine ungeheure Belastung darstellen, heruntorzugehen.

Eine Selbstmordepidemie scheint seit einiger Zeit in Berlin zu herrschen. Aus den letzten 24 Stunden werden nicht weniger als acht Selbstmorde bzw. Selbstmordversuche gemeldet. Aus Furcht vor Strafe stürzte sich die 21 Jahre alte Frida R. aus Wilmersdorf in der Nähe von Bichelsberge in die Havel, wurde aber durch den Schüler Hans Eberth, Uhländstr. 90, gerettet.

Arbeiter-Sameriter-Kolonie. Am Sonnabend, den 21. d. M., abends 6 Uhr, findet in der Schule hinter der Garnisonkirche eine außerordentliche Generalversammlung statt. Einzelne ausgesessene wollen die Kolonie in ein politisches Fahrwasser treiben. Wir aber wollen unsere Neutralität im Dienste hochhalten und müssen daher gegen solche Treibereien Front machen.

Eisenbahnwahlen in Neudölln. Die auf Sonntag, den 22. Mai 1921, festgesetzten Eisenbahnwahlen finden statt in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Wagel findet heute in der Bräuerie Köpenick, Schönhauser Allee 10-11, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Ueber Arbeiter- und Lohnfragen wird am Freitag, den 20. Mai, abends 8 Uhr im Rahmen des Kurios Wirtschaft und Technik der Deutschen Hochschule für Politik Prof. Dr. Hedde sprechen. Der Vortrag findet Schindlerplatz 6 statt, wofür auch Eintrittskarten zu haben sind.

Die Deutsche Gesellschaft für Volkshäuser (Geschäftsstelle W. 62, Kurfürststr. 81 II), wird ihre diesjährige Hauptversammlung am 29. Mai in Berlin, Wohlfahrtsministerium (früheres Herrenhaus), Pelzinger Straße, abhalten. Folgende Vorträge sind bis jetzt angemeldet: Bauart Hausbrand; Bericht über den Erfolg des Preisauschreibens für Entwürfe zu einer billigen Badeanlage und Wie kann in anderen Betrieben überschüssige Räume für Badeanlagen nutzbar gemacht werden?

Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, Donnerstag, den 19. Mai:

- 7. Kreis Charlottenburg. 7 Uhr Kreisvertreterversammlung in der Aula der Siemens-Oberrealschule, Charlottenburg, Schloßstr. 77 (am Polizeipräsidium). Tagesordnung: 1. Bericht, 2. Vorstandsbericht, 3. Bericht über die Arbeit, 4. Bericht über die Finanzen, 5. Bericht über die Jugend, 6. Bericht über die Frauen, 7. Bericht über die Kultur, 8. Bericht über die Sport, 9. Bericht über die Jugend, 10. Bericht über die Frauen, 11. Bericht über die Kultur, 12. Bericht über die Sport.

Morgen, Freitag, den 20. Mai:

- 8. Kreis Wilmersdorf, Genssowald und Schmargendorf. 7 Uhr Mitgliederversammlung des neuen Kreises in der Oberrealschule am Genssowald in Wilmersdorf. Tagesordnung: „Deutschland in der Welt“. Referent: Genosse Adolf Braun. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert.

Frauenabend: Donnerstag, den 19. Mai:

- 79. Kreis Schöneberg. Pünktlich 7 1/2 Uhr findet im Lokal von Groß, Sedanstraße 17, unter Frauenabend statt. Referent: Genosse Wolf. Es eine wichtige Tagesrechnung vorliegt, ist das Erscheinen aller Genossen erforderlich.

Die außerordentliche Rentenbeihilfe.

Die Kritik an dem Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung vom 28. Dezember 1920 („Vormärts“ Nr. 131) hat einen Erfolg gehabt, der aber in der Hauptsache eine sehr fragwürdige Verbesserung ist. Durch ein Gesetz vom 7. April 1921 („Reichsgesetzblatt“ Nr. 43) ist eine Änderung (im Titel heißt es: Ergänzung) des genannten Gesetzes dahin erfolgt, daß es nunmehr heißt: „Die Beihilfe steht Personen, die auf Grund des Reichsvorsorgengesetzes vom 12. Mai 1920 („Reichsgesetzblatt“ S. 989) oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Versorgung erhalten, nur insoweit zu, als die zu gewährende Beihilfe die gewährte Versorgung übersteigt.“

Nach dem unklaren Wortlaut der neuen Fassung kann angenommen werden, daß Bezüher einer Versorgung, die niedriger ist als 40 M. bzw. 20 M. monatlich, den Differenzbetrag erhalten sollen. Das kann aber nur für ganz wenige Versorgungsberechtigte in Frage kommen und behebt nicht die gerügten Mängel. Aber auch das Wenige erscheint noch als Illusion, wenn man den jetzigen § 1 des Gesetzes betrachtet. Der erste Absatz desselben besagt, wie bisher, daß Anspruch auf die Beihilfe nur solche Rentenempfänger haben, denen auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1920 eine Zulage gewährt wird.

Die Erwerbslosenunterstützung der Kurzarbeiter.

Es ist, wie der preussische Wohlfahrtsminister in einem jüngst erteilten Bescheid hervorhebt, nicht in das Belieben der Gemeinden gestellt, ob sie die Kurzarbeiterunterstützung oder aber die volle Erwerbslosenunterstützung zahlen wollen. Liegen die Voraussetzungen des § 9 Absatz 2 der Erwerbslosenverordnung vor, so darf nur die Kurzarbeiterunterstützung gewährt werden. Während ursprünglich nur die Kalenderwoche für die Berechnung der Unterstützung maßgebend war, ist es seit der Reichsverordnung vom 26. Januar 1920 auch die Kalenderdoppelwoche. Infolgedessen müssen die Gemeinden in allen Fällen, in denen es möglich ist, auch die Kalenderdoppelwoche der Berechnung der Unterstützung zugrunde legen.

Aus aller Welt.

Gewitter und Wollenbruch. Ein am Dienstag nachmittag niedergegangener wollenbruchartiger Gewitterregen in Dhrdruf (Thüringen) hat namentlich im benachbarten Bößfisch schweren Schaden angerichtet. Ein Wohnhaus wurde von dem Hochwasser zur Hälfte fortgerissen, ein zweites stark beschädigt, ebenso andere Baulichkeiten. Viel Vieh ist ertrunken, mehrere Brücken wurden fortgerissen. Arge Verwüstungen hat das Hochwasser auch auf dem Gefangenenfriedhof auf dem Truppenübungsplatz Dhrdruf angerichtet. Dort hat das Wasser zahlreiche Gräber unterspült. Einige Särge wurden an die Oberfläche geschwemmt. In einem Sarge fehlte die Leiche; sie ist vermutlich durch das Hochwasser fortgetrieben worden.

Sport.

Die Rennen zu Kuhlben hatten gestern unter einem starken Platzregen zu leiden, der den Beginn verzögerte und auch sonst für das Rennen nicht gerade von Vorteil war. 1. Preis vom Gestüt Germania. 10000 M. 2300 Meter. 1. Molant (Loubel), 2. Mik Greger (G. Treuberg), 3. Gradiška (J. Müll). Tot. 36:10, Pl. 12, 11, 16:10. Ferner liefen: Goldstein, Scholar I, Kreis, Gladiator, Dandiblog (4). — 2. Preis vom Gestüt Ostsee. 12000 M. 2400 Meter. 1. Urdenbach (Felder), 2. Lucie G. (Krause), 3. Wäpstin (J. Müll). Tot. 142:10, Pl. 13, 11, 10:10. Ferner liefen: Gorder, Long Curlew, Prabant als 2. disqualifiziert (Kohlflemer) 80 Prot. Platzhelfer zurück. — 3. Preis vom Gestüt Kreuzburg. 15000 M. 2500 Meter. 1. Johannes (Großmann), 2. Barbo (Hm. Schenk), 3. Angriff (Steingel). Tot. 12:10, Pl. 10:10. Ferner liefen: Pupille, Kanthek, — 4. Preis vom Gestüt Schweinert. 19000 M. 2300 Meter. 1. Rehameig (Rauß jr.), 2. Kelpelt (Steingel), 3. Dohffens (Hm. Schenk). Tot. 90:10, Pl. 25, 16, 15:10. Ferner liefen: Perry R., Subrium II, Wadenen, Hohltrieb, Doppelgänger, Lebba Damon disqualifiziert, Sahar. — 5. Preis vom Gestüt Bahdorf. 1500 M. 2600 Meter. 1. Kröe (G. Treuberg), 2. Dobby (Großmann), 3. Bombaz (Speer). Tot. 15:10, Pl. 13, 15:10. Ferner lief: Verluia. — 6. Preis vom Gestüt Damsdorf. 15000 M. 2500 Meter. 1. Hartenleis (J. Müll), 2. Nini (G. Reutemeyer), 3. Ilt (Müller). Tot. 17:10, Pl. 11, 13:10. Ferner lief: Tejei anah. — 7. Preis vom Gestüt Steinfurt. 20000 M. 2600 Meter. 1. Biedehof (W. Weh), 2. Libanon (G. Neuenfeld), 3. Donna Todd (Hartm.). Tot. 18:10, Pl. 12, 17:10. Ferner lief: Long Paulino. — 8. Preis vom Gestüt Wilhelmshagen. 10000 M. 2300 Meter. 1. Seemind (Höbner), 2. Bihalt (Adamkiewicz), 3. Hindenburg II (Lamm). Tot. 16:10, Pl. 15, 57, 29:10. Ferner liefen: Dr. Adolf R., Eduard I, Lodimambur, Konjar disqualifiziert.

Radrennen in Treptow. Das Thaddäus Radl und das Bruno Demle-Erinnerungsrennen am Dienstag (8. Feiertag) war verhältnismäßig zahlreicher besucht, als die Rennen am ersten und zweiten Feiertag auf der großen Olympiabahn. Die Rennen verliefen jedoch wenig interessant; Sawall und Lewonow teilten sich die Siegespreise. Appellhaus hatte unter Motor- und Radschaden zu leiden und Wittig ging von vornherein krank an den Start. In den Hitzerrennen waren Hoffmann und Rendsbacher am erfolgreichsten. Ergebnisse: 1. Preis für Klasse 3 (20 Runden): 1. Rendsbacher, 2. Siepel, 3. Müllner, 4. Müller. — Bruno-Demle-Erinnerungsrennen, 25 Kilometer: 1. Zemanow 22 Min. 25", 2. Samal 130, 3. Rendsbacher 1510, 4. Wittig 2520 Meter zurück. — Kobl-Remorial, 50 Kilometer: 1. Samal 45 Min. 27", 2. Zemanow 190, 3. Appellhaus 3290 Meter zurück; Wittig nach dem 10. Kilometer angefallen. — Klingelpreis für Klasse 2 (1000 Meter). 1. Reimen: 1. Hoffmann 1 Min. 35 Sek., 2. Gahn, 3. Wäpstin, 4. Grabner. — Klingelpreis für die Nichtplacierten (1000 Meter). 2. Rennen: 1. Petri 1 Min. 18", 2. Siepel, 3. Rendsbacher, 4. Otto Kög. — Entschädigungsfahren, 900 Meter: 1. Otto Kög, 2. Edgar Kög, 3. Freiwald, 4. Gentig, 5. Reinas.

Ausführung der Arbeiter-Sportkarte des 20. Bezirks Freitag 7 1/2 Uhr, Rd.-Dr. Bürgergarten, Hauptstraße. Alle Karteile müssen vorliegen sein.

Die Annahme des Entente-Ultimatums erfolgte in voller Erkenntnis der Tatsache, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen des neuen Vertrages nur durch ein ungeheures Kraftangebot ausgebracht werden können. Finanzautorität, wie Alfred Lansburgh und Dr. Heiden, schätzen den Betrag, der an die Entente in Goldwerten abzuführen ist, zwischen 7 und 18 Proz. des Nationaleinkommens. Diese Schätzungen sind durchaus unsicher, wie alle Ueberschläge über Nationalvermögen und Nationaleinkommen viele Fehlerquellen in sich tragen. Nehmen wir aber an, daß die Rechnung stimmt, und bei der großen Vorsicht, deren sich die bürgerliche Finanzpresse in der Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit befleißigt, ist zu vermuten, daß die 18 Proz. eher die obere als die untere Grenze der deutschen Zahlungspflicht darstellen, so kann man leicht dazu neigen, die Verantwortung für die Wiedergutmachungsleistungen gering einzuschätzen. In der Tat ist es dem kapitalistischen System trotz aller seiner Mängel innerhalb weniger Jahrzehnte gelungen, die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft bedeutend mehr zu steigern, als daß Grenzwerte von 10-18 Proz. des Nationaleinkommens nicht binnen kurzer Zeit aufzubringen wären. Heute aber liegen die Dinge anders als in den Zeiten ungehemmter kapitalistischer Bewegungsfreiheit. Der Auslandsmarkt ist nach einer Periode der „Scheinkonjunktur“, nach einer Zeit, wo das deutsche Unternehmertum die Gewinne aus der großen Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreisen fast restlos für sich in Anspruch nahm, stark gefährdet. Die hohen Preise und die Riesengewinne der Industrien haben Deutschlands Leistungsfähigkeit auch nicht annähernd in dem Ausmaß gehoben, wie es äußerlich den Anschein hat. Dazu kommt aber, daß der Friedensvertrag die Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Volkswirtschaft auf das schwerste einschränkt, ja zu ihr in einem direkten Widerspruch steht. Man denke nur an die Entziehung deutscher Kohle, die die deutsche Produktionskraft schädigt, um dafür — französische Kohlenwerke stilllegen und englische Unternehmer gegen das streitende englische Proletariat unterstützen zu können. Man denke an die immer weiter um sich greifende Schutzollpolitik mancher Ententeänder, der Deutschland nicht mit gleichen Waffen entgegentreten kann, da es durch allerhand kleine Friedensvertragschikanen, vor allem aber durch das Weistbegünstigungsrecht gebunden ist. Man denke schließlich an die Ablieferung der deutschen Handelsflotte, deren Frachtraum zum größten Teil stillliegt, eine Forderung, deren einziger „Erfolg“ die Verteuerung der deutschen Rohstoffzufuhren war.

Diese inneren Widersprüche des Friedensvertrags lähmen den deutschen Wiederaufstieg zweifellos; sie drohen damit auch die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Landes, das trotz drückender Steuerlasten nicht einmal imstande war, die Fehlbeträge im Etat der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen auszugleichen! Aber aller Pessimismus ist nutzlos. Die Aufgabe, die Zinsen für die erste, auf Reich, Staat und Gemeinden lastende Hypothek aufzubringen, bleibt dieselbe, ob man Loucheur für einen Trottel oder für ein Genie, ob man die Wiedergutmachungspolitik für Wahnsinn oder Wohltat ansieht. Reim Volksteil, auch keine Klasse bleibt von der Verantwortung frei, wenn die wirtschaftliche Vernichtung der deutschen Arbeitskraft, die eben erst vermiedene Ballastisierung Deutschlands doch eintreten sollte, weil ein Volksteil dabei versagt hat. Oft hat man sich schon an die Verantwortungslosigkeit der Agrarier und der Industrie gewandt. Bisher hat sie versagt, und sie mußte versagen, solange träumerischer Händlergeist hoffte, sich an eingegangenen Verpflichtungen vorbeidrücken zu können. Dies ist jetzt zu Ende. Die Lasten der Wiedergutmachung werden zu einem großen Teil von der Arbeiterschaft getragen werden müssen. Sie, schon bis aufs äußerste durch jahrelang hinter dem Existenzminimum zurückbleibende Lebenshaltung, durch Perioden umfangreicher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, durch verschärften Druck direkter und indirekter Steuern auf das höchste angepannt, wird noch oft von ihren Führern an eine „nationale“ Pflicht gemahnt werden müssen, deren letzter Erfolg der Dienst für den Ententekapitalismus ist. Die blutige Ironie, eigene, internationale Ideale hinter Lebensnotwendigkeiten des Tages zurückzustellen, erfährt die deutsche Arbeiterschaft Tag für Tag, Stunde um Stunde.

Um so mehr ist es notwendig, daß die Unternehmerklasse dieses Opfer würdigt und ihr Teil an der Verantwortung ebenso entschlossen übernimmt, wie es die Arbeiterschaft tut. Dazu gehört vor allem, daß der passive Widerstand gegen die Wiedergutmachungspflicht aufhört, eine Notwendigkeit, deren Erkenntnis sich restlos durchsetzen muß. Hierher gehört aber auch, daß das stille Widerstreben gegen berechnete Arbeiterforderungen, die über die Lohnfragen hinausgehen, einmal energisch eingebremst wird. Wir haben in den zwei Jahren Wirtschaftsentwicklung eine ganze Garnitur von Produktions- und Absatzstörungen erlebt. Manche gehen unmittelbar auf die Kriegsfolgen zurück. Die letzte, große Absatzkrise, deren Wirkungen die verarbeitende Industrie wohl in dem Beschäftigungsgrad, nicht aber in den Gewinnziffern verspürt, ist zum allergrößten Teil einer verblendenen Produktions- und Preispolitik zuzuschreiben. Nicht die Arbeiterschaft hat schuld, wenn viele Hunderte von Webstühlen, Drehbänken, Ziegeleien, Hochöfen usw. stillliegen, während die Gesellschaften in Gewinnen ertrinken. Wer das behauptet, spielt trotz zweijähriger Erfahrung noch immer mit dem Gedanken, daß die Arbeitsverhältnisse der Vorkriegszeit wiederkehren werden, ein Anfinnen, gegen das sich die Millionen der organisierten Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit wehren. Man hebe endlich einmal den Kampf gegen gemeinwirtschaftliche Bindungen, die im Interesse des Volksganzen liegen, auf. Man verzichte endlich einmal darauf, die Wirtschaftsdemokratie und die Sozialisierungsforderungen, die Reorganisation der Reichsbetriebe und die Besteuern als Ausgeburt fanatischer Theoretiker in der Presse zu behandeln, im Parlament und Wirtschaftsrat mit diplomatischen Ausflüchten zu verzögern oder zu verschleppen. Man suche endlich auch auf der Gegenseite einmal den Boden für sachliche Gemeinschaftsarbeit, die bei der Achtung vor der Ueberzeugung des Nächsten beginnt. Dann wird man es der Arbeiterschaft nicht so schwer wie bisher machen, ihre Verantwortung gegenüber dem Volksganzen einzulösen.

Es bedarf keines Wortes, daß die Gegenseite in den Anschauungen zu groß sind, um mit dem bloßen Willen zu gemeinsamer Arbeit überbrückt zu werden. Die natürlichen Massengegenstände tun ihr Uebrigtes, das zu verhindern. Worauf es aber jetzt, in den nächsten Monaten und Jahren ankommt, ist, daß überflüssige Reibungen vermieden werden. Wird das Unternehmertum den Willen aufbringen, diesen Weg mit allen seinen Konsequenzen zu beschreiten?

Reiz u. Martin, Aktiengesellschaft, Berlin. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 30 Prozent für das Geschäftsjahr 1920 in Vorschlag zu bringen. Es ist das die höchste Dividende seit dem zwanzigjährigen Bestehen der Gesellschaft. In den drei vergangenen Jahren wurden 25 bzw. 22 1/2 bzw. 25 Proz. ausgeschüttet, dank der Zusammenbruchskonjunktur. Vor dem Kriege war man über 8 Proz. nie hinausgekommen.

Enttäuschung der Beamten.

Von Willy Steinkopf.

Das erste rein bürgerliche Kabinett der Republik ist gescheitert; gescheitert sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik an der absoluten Unfähigkeit einiger seiner Mitglieder. Als Erbe hat es dem arbeitenden deutschen Volk nichts als Enttäuschungen bitterster Art hinterlassen. Ganz besonders gilt dies auch für die große Masse der Beamten.

Wie lebhaft ging doch die deutschvolksparteiliche Wasmühle, wie konnte sie nicht genug die bösen Sozialdemokraten schmähen, die nichts, aber auch absolut nichts für die Beamten übrig hat, und was wußte die Deutsche Volkspartei den Beamten nicht alles zu versprechen. Das Blaue vom Himmel war noch die geringste unter ihren Zusicherungen. Und jetzt? Ebenso wie in allen anderen Fragen kann die Blamage auch auf diesem Gebiet nicht mehr größer sein.

Die versprochene Revision des Besoldungsgesetzes; sie ist zur Farce geworden. Die alten „kaiserlichen“ Disziplinargerichte wüthen noch immer nach bewährtem Muster. Von einem Vorwärtkommen in den Arbeiten zum neuen Beamten- und Disziplinarrecht ist trotz allem Drängen nichts zu vernehmen. Des unwürdigen Spiels im Dezember vorigen Jahres gelegentlich der Erhöhung der Teuerungszulagen wird sich noch jeder entsinnen können. Erst als die Arbeitergewerkschaften den Beamten zu Hilfe kamen, wurde die bürgerliche Regierung gezwungen, nachzugeben. Die Erleichterung der von der früheren „sozialistischen“ Regierung beschlossenen Abteilung für Beamtenfragen im Reichsministerium des Innern ist in Vergessenheit geraten. Die auf Antrag der SPD. schon bewilligten Stellen für diese dringend notwendige Abteilung wurden nicht besetzt. Der Sparmaßnahmenkommissioner soll angeblich schuld daran sein, — ohne daß er je irgendwelche Befugnisse hierzu gehabt hätte, — in Wirklichkeit: man wünschte die Abteilung gar nicht, aus bestimmten Gründen nicht. Der bekannte Erlaß der Regierung über die Arbeitszeit der Beamten ist nichts anderes als ein Versuch zur Durchbrechung des Achtstundentages. Bei den Beamten soll der Anfang gemacht werden, Fortsetzung folgt bei den Arbeitern. Das Beamtenrätegesetz, ein Kapitel für sich! Anstatt, wie versprochen, die Arbeiten hierzu mit Hochdruck zu fördern, versuchte dies und jenes Reichsressort die Frage im Verordnungswege zu lösen. Daß dabei das alte ehrliche Dreiklassenwahlrecht zu neuem Leben erstanden sollte, war wohl nur ein Schönheitsfehler. Die Regelung sollte ja auch nur vorläufig sein; sollte sie sich bewähren, dann allerdings... usw. Die sozialistische Beamtenchaft hat diesen Ueberfall glänzend abgelehnt. Das war vor fast einem Jahr. Der eigentliche Gesetzesentwurf ist jedoch noch immer nicht erschienen. Die bürgerliche Regierung hat es nicht fertig bekommen, dem Reichstag diesen Entwurf vorzulegen; jetzt wird die SPD-Fraktion einen entsprechenden Entwurf als Initiativantrag einbringen.

Die Perlenkette der Verdienste der bürgerlichen Reichsregierung um die Beamtenchaft ließe sich noch beliebig verlängern. Doch das Aufgeführte genügt, um darzutun, daß die verlassene Regierung aus Dank für den guten Ausfall der Wahlen vom 6. Juni 1920 vor Wohlwollen für die Beamten geradezu triefte. Was hat demgegenüber die „sozialistische“ frühere Regierung und die Sozialdemokratie im besonderen für die Beamten getan? — Du lieber Gott, die Verfassungsbestimmungen für die Beamten hören sich ja ganz nett an, jedoch ist z. B. die volle politische Gleichberechtigung

des Beamten heute etwas fast Selbstverständliches, und auch der ermöglichte Aufstieg des Befähigten in höhere Stellungen kam auch früher schon vor. In der Praxis hat das alles aber herzlich wenig Bedeutung. Die reaktionäre Kastei in den Verwaltungen sorgt schon dafür, daß von der politischen Freiheit usw. kein oder nur ein sehr geringer Gebrauch gemacht wird; der Schmeichler hat für solche Burschen immer noch Janggen! Und wegen dem Aufstieg, da sorgt man eben, daß die „richtigen“ Leute als Konjunktionschulzen vorgeschoben werden — und alles bleibt alt! In diesem Fahrwasser segelte das bürgerliche Kabinett. Soll dies so bleiben?

Eine ganz besondere Freude hat aber das versinkende bürgerliche Kabinett den Beamten mit dem Nachtragsetat für 1920 bereitet. Es war sozusagen eine Abschiedsgabe „zum bleibenden Angedenken“. Dieser Nachtragsetat sollte der Beamtenchaft die Auswirkungen des angeblich revidierten Besoldungsgesetzes bringen. Was er in Wirklichkeit gebracht hat ist Mißmut und Verärgerung in den weitesten Kreisen. Eigenartig mutete es schon an, daß der Nachtrag, trotzdem die Novelle zum Besoldungsgesetz schon vor Weihnachten 1920 verabschiedet war, erst Anfang Mai — eine Woche vor der ursprünglich beabsichtigten Verjagung — an den Reichstag gelangte. Daß er ausgerechnet in eine äußerst gespannte Zeit hineingeriet, ist an und für sich kein Verhängnis des Kabinetts gewesen, jedoch böse Zungen behaupten, daß regierungsseitig unter geschickter Ausnutzung der Lage ein gewisser Druck ausgeübt wurde, um den Nachtragsetat lang- und klanglos über die Bühne gehen zu lassen. Nebenbei bemerkt, die Beamten haben hierin Glück. Jedemal, wenn solch eine politische Hochspannung ist, stehen Lebensfragen für sie im Parlament zur Entscheidung. Das war vor Spa 10, vor London und auch jetzt. Es ist einleuchtend, daß die Sache der Beamtenchaft hieron nicht gewinnen kann. Sollte dies nicht zum Denken Veranlassung geben?

Dieser Nachtragsetat — leider konnte der Reichstag ihn nicht näher prüfen; das Versäumte wird beim kommenden Etat nachgeholt werden —, der also die Beamten der neuen Besoldungsordnung entsprechend einstuft, weist eine Reihe von Vorbemerkungen auf, die für seine Aufstellung maßgebend gewesen sind. Schon die oberflächliche Prüfung dieser Bemerkungen zeigt, daß die bürgerliche Regierung nicht daran gedacht hat, den bei der Besoldungsreform ausgesprochenen wirklich bescheidenen und maßvollen Wünschen und Beschlüssen des Reichstags Rechnung zu tragen. So hat man auf der einen Seite die Ministerialbeamten insofern außerordentlich bevorzugt, als man ihnen ohne weiteren Befähigungsnachweis den Aufstieg durch fünf Gruppen eröffnet. Auf der anderen Seite versagt man dafür bestimmten Beamtenstufen jeglichen Aufstieg, es sei denn, daß diese Beamten eine besondere Prüfung ablegen, die dann aber nur zur Beförderung in die nächsthöhere Gruppe berechtigt. Weiter hat man bei der Verteilung der Beamten auf die einzelnen Besoldungsgruppen die besonderen Verhältnisse dieser oder jener Behörde nicht berücksichtigt, so daß die beteiligten Beamten anstatt einer Verbesserung eine Verschlechterung ihrer Dienstlaufbahn erfahren. Ja, in einzelnen Punkten hat es den Anschein, z. B. bei den Rangleichbeamten, als ob die Regierung sich ganz glatt über die Gesetzesbestimmungen hinweggesetzt und getan hat, was ihr gut dünkt. Den Höhepunkt weist aber die Behandlung der Sekretäre — bisherigen Assistenten — bei der Ueberführung aus der Gruppe VI nach VII auf.

Diese Sekretärfrage sieht als Dreh- und Angelpunkt des ganzen Besoldungsproblems nun fast seit zwei Jahren im Vordergrund des Interesses. Regierung und bür-

gerliche Parteien haben sich dauernd um die Lösung dieser Frage herumgedreht. Dem sozialistischen Vorschlag, die Gruppen VI und VII zu vereinigen und überhaupt die Anzahl der Gruppen zu verringern — die einzige mögliche Lösung — wurde nicht zugestimmt. Da man keinen anderen Ausweg mehr wußte, hieb das bürgerliche Kabinett den Knoten gewaltsam durch und nahm einen Beschluß an, nach welchem für die Beförderung der Beamten von Gruppe VI nach VII eine Prüfung verlangt wird. Dies gilt aber nur für diejenigen, die am 30. April 1920 planmäßig angestellt waren. Die anderen, die nicht planmäßigen Beamten und die Bewerber sollen in Gruppe VI verbleiben dürfen. Und nun soll die Komödie beginnen, und man wird Beamte in einer Tätigkeit prüfen, die sie vielleicht schon seit 20, 30 oder noch mehr Jahren ausüben. Von dem Bestehen dieser Prüfung wird es abhängen, ob sie ihre Tätigkeit nach Gruppe VI oder VII bezahlt bekommen. Ist ein größerer Unsinns denkbar? — Dem Reichstag war dies denn auch zu viel. Mit allen gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei hat er die auf die Prüfung bezüglichen Bemerkungen im Nachtragsetat gestrichen. Der SPD-Antrag, auch die nicht planmäßigen Beamten und die Bewerber in den Genuß der Beförderung von VI nach VII ohne Prüfung einzubeziehen, wurde leider abgelehnt.

Man müßte nun annehmen, daß nach dieser Stellungnahme des Reichstags die Prüfungsfrage — übrigens wollte die SPD. für die Beamten der Gruppe V den gleichen Antrag stellen, jedoch wurde seitens einer Großorganisation der Beteiligten gebeten, hieron abzusehen — für die Sekretäre erledigt sei. Weit gefehlt! Namens der Regierung erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums im Reichsrat, daß die Regierung unter keinen Umständen von der Prüfung abgehen könne, und sie nunmehr im Verwaltungswege durchzuführen werde. Man muß sagen, daß diese Erklärung ein wenig voreilig erscheint, denn es darf bezweifelt werden, daß das neue Kabinett am 12. Mai — dem Tag der Erklärung — zu der Frage bereits Stellung genommen hat. Oder glaubt sich der Vertreter des Reichsfinanzministeriums berechtigt, diese Erklärung noch für die zurückgetretene Regierung abzugeben? — Nachdem diese Bestimmungen einmal in den Etat aufgenommen waren und vom Reichstag gestrichen worden sind, ist es selbstverständlich, daß das neue Kabinett zu der Frage Stellung nehmen muß. Würde sich das Kabinett entsprechend den Ansichten des Vertreters des Finanzministeriums über den Beschluß des Reichstags wie über etwas durchaus Nebenwünschliches hinwegsetzen, wäre dies eine Handlungsweise, welche die unangenehmsten Folgen nach sich ziehen könnte.

Diese Situation zusammen mit all den anderen Vernachlässigungen und Verärgerungen, das ist das Erbe, welches die rein bürgerliche Regierung der deutschen Beamtenchaft hinterlassen hat. Die vor der Wahl versprochenen goldenen Berge sind ausgeblieben; das Fazit eines Jahres sozialistischer Regierungskunst lautet: enttäuschte Hoffnungen.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: R. 10, In den Felten 20.
Donnerstag, den 19. Mai:

Johannisthal, Jugendheim Johannes-Berner-Strasse. Ernte und heitere Festlichkeiten. Riederhöfenstraße, Jugendheim Berliner Str. 31. Vortrag: „Schmerz-Berlin“, — Oden, Stralauer Biererei, Jugendklubzimmer 220, Meinheitsklub Kegelklub, 2. Diskussionsabend: „Unser Ziel“, — Schöneberg, Reichshaus I, Straße Sonnenburger Str. 23. Vortrag: „Der Pfälzer, der Reichstagsrats“, — Schöneberg, Reichshaus II, Hofstr. 8. Vortrag: „Strandbesuche“, — Straße 18. Vortrag: „Darwin oder Darwinismus“.

DEUTSCHER-WEINBRAND.

Marke:

Goldstück

JAC. STÜCK NACHF. AG.
WEINBRENNEREIEN
HANAU

Generalvertretung: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. h. H.

BERLIN O 34, Romintener Straße 45. Fernsprecher: Königstadt 593

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin, ...

Rudolf Balke

Verlag, ...

Wilhelm Beilig

Verlag, ...

Paul Lipinski

Verlag, ...

SPEZIALARZT

Dr. med. Coleman, ...

Metalldankausstellung

Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Weissensee

Am Freitag, den 3. Juni 1921, ...

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf

Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Auswahlgremium ...

Einladung

zur außerordentlichen Versammlung ...

Köhensonne

Friedrichstr. 81, ...

Feldgrau Hofen

Wichtige Belegquelle, ...

Dr. med. H. Schmidt, Spezialarzt

Berlin NW 108, Kirchstraße 24

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin, ...

Wichtig! Girtler!

Heute, Donnerstag, den 19. Mai 1921, abends 8 Uhr: Branchen-Versammlung der Girtler, Kronenschloßer u. Kronenklemperer im Gewerkschaftshaus, ...

Kommentar

zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegen Betriebsabbrüche und Stillelegungen

Unentbehrlich

für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.

Tuchfabrik-Niederlage

von H. Lamproch, Berlin-Teptow, ...

Rancherdank!!

Das sicherste Mittel, das Rücken ganz od. teilw. einzustell. Wirk. verblüffend. Ausk. um 1. Ver. San. Art. Gg. Eng. Broch. München R 6, Kapuzinerstr. 9

Ankauf Juwelen

Margraf & Co. Kommodenstr. 9.

juftende Haut

...

Zinn u. Blei

...

Musflüge

in die Umgebung: ...

Metallschmelzwerke

Waldemarstr. 74, ...

Noch keine Aenderung in Oberschlesien.

Ein pessimistischer Lagebericht.

Oppeln, 18. Mai. (W.B.) Die polnischen Insurgenten haben, ähnlich wie in Kattowitz, auch vom Hauptbahnhof in Beuthen 18 Lokomotiven gestohlen. Aus den Druckschriften des Landkreises Beuthen werden stärkere Ansammlungen der Auführer gemeldet. Von einem Rückzug der Aufständischen ist bisher immer noch nichts zu merken. Im Gegensatz zu den Ankündigungen Korjantys haben im Kreise Josef die Polen ihre Stellungen bei der Jahre-Mitteilung verstärkt, indem sie neue Erdbefestigungen anlegten. Die Stadt Kobnik wurde von den Insurgenten besetzt, die aber nach Verhandlungen den Ort wieder räumten. Während der Anwesenheit der Aufständischen in der Stadt kam es zu Ausschreitungen gegen deutschgesinnte Oberschlesier und zu Veränderungen deutscher Geschäfte. Im Kreis Groß-Strehlitz schickte ein Bericht der Auführer gegen Bogolin. Im Kreise Kreuzburg griffen die Polen ohne Erfolg Ulichy und Gohse an. Die Druckschriften konnten aber gehalten werden und die Polen wurden später sogar gezwungen, Sechowitz zu räumen. Die Auführer wurden bei ihren Vorstößen durch Feuerwirkung aus dem Ort Przedwojsze, der bereits auf polnischem Gebiet liegt, unterstützt. Die Insurgenten, die die Stadt Kattowitz belagern, haben neue Verstärkungen erhalten. Die polnischen Postierungen in den Städteingängen haben Barrikaden errichtet, die jeden Verkehr unmöglich machen. Die erregte Stadtbevölkerung ist heute erneut beim Kreisinspektoren vorstellig geworden und hat stärkste Maßnahmen gegen die Insurgenten verlangt. Korjanty hat an die Direktion der vereinigten Königs- und Laurahütte eine Aufforderung gerichtet, vom 18. Mai ab auf Rechnung der polnischen Oberkontrolle von der Grube Gräfin Laura und von den Richterschächten täglich 16 Waggons Kohle nach Sosnowice zu senden. Der Führer der Aufständischen hat Gewaltmaßnahmen angedroht, falls sich die Verwaltung seiner Weisung nicht fügen würde. Das Kohlendepartement der Interalliierten Kommission ist von dieser neuen Gewalttat Korjantys in Kenntnis gesetzt worden. Im Laufe des heutigen Tages sind erneut einige Gruben und Hütten, auf denen zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen war, stillgelegt worden, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen und weil die Arbeitswilligen von den Insurgenten mit Gewalt von ihrer Arbeitsstätte vertrieben wurden.

Lokomotivenraub der Polen.

Beuthen, 18. Mai. (U.) Im Hauptbahnhof sind heute nacht durch die polnischen Auführer 18 Lokomotiven geraubt worden, auf ungefähr die gleiche Weise ausgeführt, wie der Raub in der Nacht zum 17. Mai d. J. in Kattowitz.

Breslau, 18. Mai. (W.B.) Zu dem Raube von 14 Lokomotiven im Maschinenpark des Hauptbahnhofes in Kattowitz in der Nacht zum Dienstag, gegen den die französische Wache nicht eingeschritten war, erklärte der französische Ortskommandant, daß die Wache zu schwach (!) gewesen sei, um gegen die Uebermacht aufzutreten. Die Kattowitzer Eisenbahner haben infolge dieses Vorkommnisses abgelehnt, am Dienstag den wie üblich nach Oppeln abgehenden sogenannten Ententezug zu fahren. Sie erklärten, daß sie den Zug erst wieder abgehen lassen würden, wenn die 14 Lokomotiven zurückgegeben worden seien.

Kattowitz, 18. Mai. (U.) In Hindenburg sind gestern etwa 25 Deutsche von den Auführern festgenommen worden.

Sieben Millionen Lire für Italien.

Rom, 18. Mai. (U.) Italien erhält von der Oppelner Interalliierten Kommission sieben Millionen Lire Entschädigung bewilligt, mit denen Polen befaßt wird.

Vor der Abfägung Le Ronds?

Paris, 18. Mai. (W.B.) Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet: Heute, nachdem man die außerordentliche Gefahr erkannt habe, der der Friede von Europa ausgeht, ist man sich vielleicht noch ausgelegt werden könnte, frage man sich, warum man eine derartige Lage habe entstehen lassen können. In gewissen Kreisen führe man die Krisis zum Teil auf die späte Volksabstimmung in Oberschlesien und zum Teil auch darauf zurück, daß man die Verwaltung der Volksabstimmungzone Militärs anvertraut habe. Ein Problem von solcher politischer und juristischer Bedeutung hätte, wie man sagt, nicht militärischen Chefs übertragen werden dürfen.

(Diese Meldung des offiziellen Blattes läßt auf eine bevorstehende Abberufung Le Ronds schließen, die offenbar englischerseits verlangt wird. Die Red.)

Silesia — Cilicia — Haute-Silésie.

In ihrem Zerber über die Unterhausrede Lloyd Georges hat die französische Presse allerhand giftige Bemerkungen über den englischen Premierminister spritzen lassen und ihn gar lächerlich zu machen versucht. U. a. brachte sie eine in diplomatischen Kreisen ganz Europas längst bekannte Anekdote an die Öffentlichkeit, aus der hervorgeht, daß Lloyd Georges geographische Kenntnisse seien ziemlich mangelhaft: Er habe nämlich einmal Oberschlesien mit Cilicien (Klein-Asien) verwechselt. Nun wäre eine solche Verwechslung sehr einfach durch einen Hörfehler zu erklären, denn auf englisch heißt Schlesien Silesia und Cilicien Cilicia, und beide Namen sprechen sich ziemlich gleich aus, so daß es immerhin ein erklärliches Mißverständnis wäre, wenn Lloyd George, wie behauptet wird, einen Offizier, der nach Oberschlesien abgehen sollte, fragte, ob der denn türkisch könne. ... Aber haben denn die Herren der französischen Presse wirklich Anlaß, sich gerade in diesem Falle aufs hohe Ross zu setzen? Hat denn die französische Heeresleitung nicht unter den Truppen, die für die Interalliierte Kommission in Oberschlesien bestimmt waren, absichtlich auch Alpenjäger herangezogen, weil sie meinte, diese Spezialtruppe wäre für die Haute-Silésie, das selbstverständlich ein gebirgereiches Land sein müßte, besonders geeignet?

Ein Aufruf.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier veröffentlichen einen Aufruf, in dem es heißt: „Die ihr Oberschlesien schützen wollt, laßt euch alle in die Listen unserer Ortsgruppen eintragen. Seht euch nur auf Abruf hin in Marsch, damit unbedingt die Ordnung gewahrt bleibt. Ihr andern alle beteiligt euch an dem großen Liebeswerk für Oberschlesien. Spendet Lebensmittel für die Notleidenden an unsere Ortsgruppen! Gebt Geld auf das Konto: Oberschlesier-Hilfe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier bei der Bank für Handel und Industrie, Breslau, Ring 30.“

Der gute Wille der Vereinigten Verbände, die Deutschen in Oberschlesien nicht im Stich zu lassen, ist anzuerkennen. Aber es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß eine Währungs- und Reichsdeutsch bei der Verteidigung Oberschlesiens gegen die Insurgenten die Einwilligung der Interalliierten Kommission voraussetzt. Besonnenheit und Kaltblütigkeit sind die besten Waffen gegen Korjanty. (Siehe auch 1. Seite.)

Die ersten 150 Millionen.

Paris, 18. Mai. (G.) Die Reparationskommission kam heute in den Besitz der deutschen Note wegen der Entrichtung der 150 Millionen Goldmark. Diese Summe wird sich wie folgt zusammensetzen:

10 675 000 Dollar	2 000 000 holl. Gulden
3 500 000 Pfund Sterling	6 500 000 dän. Kronen
22 000 000 franz. Franc	3 000 000 schwed. Kronen
4 000 000 schw. Franc	3 500 000 norm. Kronen
5 000 000 belg. Franc	8 500 000 Pesetas

Dies ergibt zum New Yorker Kurse vom 13. Mai umgerechnet eine Gesamtsumme von 140 Millionen Goldmark. Die restlichen 10 Millionen ist die deutsche Regierung bereit, dorthin zu bezahlen, wozu es die Reparationskommission bestimmt. Die oben genannte Summe kann sofort in Schecks überwiesen werden. Diese erste Milliarde wird dazu dienen, um den Zinsendienst und die Amortisation für die erste Serie der deutschen Schuldverschreibungen, die bis zum 1. Juli zu übergeben sind, sicherzustellen.

Die selbstmörderische Ausfuhrabgabe.

London, 18. Mai. (W.B.) Die „Westminster Gazette“ meldet: Infolge der Erhebung der 50proz. Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren ist die Aufhaltung bei den Zollämtern so groß, daß viele englische Industrien Mangel an Rohstoffen haben und ihre Arbeiter an vielen Stellen bereits entlassen mußten. Eine bekannte englische Zigarettenfabrik fabriziert Zigaretten mit Goldmündstücken. Dieses Gold kommt aus Deutschland, weil die Zufuhr nicht groß genug ist, da die Zollämter mit der Auslieferung rückständig sind, mußte die Firma dreihundert ihrer Arbeiter entlassen.

Niedriger hängen.

Zum Internationalen Transportarbeiterkongress in Genf bringt die „Etoile Belge“ einen Bericht, in dem sich folgende in allen Teilen erlogene Geschichte vorfindet:

„Ich muß Ihnen kurz über einen kleinen Zwischenfall berichten, der die öffentliche Meinung der Deutschen offenbart. Der Präsident Bidegaray hatte dem Kongress vorgeschlagen, in allen Ländern eine lebhaft propagandistische zugunsten eines selbständigen Kuppelungssystems französischer Erfindung zu betreiben, das, wie sich den Kongreßteilnehmern auf dem Genfer Bahnhof bei Versuchen gezeigt hat, ausgezeichnet ist. Der Apparat ist, wenn ich nicht irre, der einzige in seiner Art. Aber weil er von einem Franzosen herrührt, haben die Deutschen es mit milder Energie abgelehnt, seine Anwendung bei ihnen zu empfehlen. Vergebens hat man ihnen gezeigt, daß es gelte, Menschenleben zu retten und zu schützen, Katastrophen zu vermeiden; sie wollten davon nichts hören und der Bochepräsident Döring zeigte sich als der Unverföhnlichste.“

Diese kleine Geschichte beweist, daß die Boches Boches geblieben sind, bleiben und bleiben werden, was sie waren, vor allem Boches und Alldeutsche, die nicht vom Schmutz zu reinigen sind. Der Internationalismus dieser Subjekte, sagte mir einer der Kongreßveranstalter, ist genau soviel wert, wie alles, was von ihnen kommt, es ist Ausschuh.“

Diese Epistel stammt zweifellos aus der Feder eines pervertierten journalistischen Dnastisten, denn ein anständiger Mensch kann so nicht lügen. Der Sachverhalt, um den es sich dreht, hat sich in folgender Weise abgespielt:

Nicht der französische Genosse Bidegaray präsierte den Kongress, sondern der deutsche Genosse Döring; nicht von Bidegaray wurde die Resolution eingebracht, sondern von dem deutschen Delegierten des Eisenbahnerverbandes Jochade; nicht gegen die Einführung der automatischen Kuppelung wendeten sich einige Mitglieder der deutschen Delegation, sondern gegen die Festlegung der deutschen Eisenbahnverwaltung auf das französische Patent; nicht gegen das französische Kuppelungssystem wandte sich der Präsident Döring, als der Unverföhnlichste von allen, sondern dagegen, daß man mit einer solchen Resolution an den Kongress herantrat, ohne vorher — wie dies überall üblich ist — unter den Vertretern der Eisenbahner auf dem Kongress eine Verständigung herbeizuführen. Der Boche-Präsident hat auf dem Kongress den Standpunkt vertreten, daß es für den internationalen Verkehr der Eisenbahn am vorteilhaftesten und zweckmäßigsten wäre, wenn in ganz Europa ein einheitliches Kuppelungssystem eingeführt werden könnte, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen würde, das rollende Material in allen Staaten ohne besondere Schwierigkeiten zu verwenden. Woher das System komme, sei gleichgültig.

Auf die Beschimpfung der deutschen Delegation brauchen wir nicht zu reagieren, es gehört wirklich unter den heutigen politischen Verhältnissen kein sehr großer Mut dazu, einen Deutschen zu beschimpfen. Aber nützlich wäre es, zu erfahren, welcher „Kongressveranstalter“ sich so wegworfend über die deutschen Teilnehmer des Kongresses geäußert hat, vielleicht wäre es dann möglich, festzustellen, in welchem Verhältnis der Herr „Veranstalter“ zu der Fabrik steht, die das französische Kuppelungssystem ausbeutet.

Kommunistische Aschenschändung.

Die englische Polizei hat bei einer Hausdurchsuchung im Zentralbureau der Londoner Kommunisten eine Urne beschlagnahmt, die die Asche von Elenor Marx, der dritten Tochter von Karl Marx, enthält, die die Kommunisten im Begriffe waren, nach Moskau zu entsenden.

Gegen diesen geplanten, nummehr bereiteten schamlosen Unflug der britischen Kommunisten protestiert der Entel von Marx, Jean Longuet, in einem enthrillten Artikel des „Populaire“. Er, der der Verstorbenen, die zugleich seine Tante und seine Pflegemutter war, am nächsten stand und ihre Ansichten und Tätigkeit am besten kennt, bezeichnet es als unerhörte, daß die Kommunisten sich für ihre Propagandazwecke dieser Urne bedienen wollen: Elenor Marx habe auf allen Kongressen der Internationale den Kampf gegen die Anarchisten, gegen alle Zersplitterung des Proletariats, furchtlos gegen alle Tendenzen geführt, die heute das A und O der Moskauer Internationale seien. Er schließt seinen Protest gegen diese Aschenschändung mit den Worten, die wir restlos unterschreiben:

„Es genügt nicht, daß man in Rußland sowohl die Doktrin wie auch das Lebensbild des Gründers der Internationale verzerrt habe, um sich das Recht anzumachen, ihn und die Seinen für eine sektirische Auffassung mobil zu machen, gegen die sich seine gesamte Lehre entschieden wendet!“

Der Salzburger Landtag beschloß einstimmig, die Abstimmung über den Anschluß an Deutschland am 29. Mai vorzunehmen.

Wie eine Revolution zugrunde ging.

Unter diesem Titel hat Genosse Ed. Bernstein soeben im Verlag von J. H. W. Dietz-Stuttgart eine kleine Schrift erscheinen lassen, die die Ereignisse der französischen Revolution von 1848 kritisch durchleuchtet. Die Schrift tritt gewissermaßen in Wettbewerb mit den berühmten „Klassenkämpfen in Frankreich“ von Karl Marx, hat aber vor ihr den Vorteil größerer zeitlicher Entfernung voraus, der eine objektivere Stellungnahme gestattet. Bernstein kommt zu dem Ergebnis:

Ein Sieg des revolutionären Sozialismus war 1848 in Frankreich unmöglich. Diejenigen, die das nicht einsehen wollten, mußten unterliegen, genau wie in dem viel weiter fortgeschrittenen England die Chartisten unterlagen. Nicht so unbedingt notwendig war die Niederlage der bürgerlichen Republik, ihre Enttäuschung durch Louis Bonaparte. An ihr und namentlich der Art, wie sie sich vollzog, haben Mißgriffe der einen und Intrigen der anderen ihren großen Anteil.

Bernstein schließt unter Ruhanwendung auf Deutschland mit dem Hinweis auf die großen Gefahren der monarchistischen Reaktion. Die Frage der Republik ist für Deutschland die Frage seiner ganzen Existenz, seiner möglichen Zukunft. Mit Schärfe wendet er sich gegen die bürgerliche Demokratie, die dem Volke die Republik als politisches Handelsobjekt erscheinen lasse. „An der Erhaltung der Republik“, ruft er aus, „hängt dein Schicksal, hängt die ganze Zukunft deines Landes!“

Zweihunderttausend russische Emigranten!

Einer offiziellen Auslassung der D.D.P. über die Frage der russischen Delegation entnehmen wir, daß diese zwar nicht als Vertretung des russischen Staates zu betrachten ist — als diese wird allein die Sowjetvertretung anerkannt —, wohl aber als Vertretung der etwa zweihunderttausend russischen Emigranten, die sich zurzeit in Deutschland befinden.

Unsere alldeutsche Presse schiebt den Wohnungsmangel bekanntlich auf die Massenemigration von Ostjuden, die nicht aus dem Gebiet des russischen, sondern des polnischen Staates stammen. Es ist merkwürdig, daß diese um das Obdach des deutschen Staatsbürgers treu besorgten Patrioten noch nie eine Silbe über die zweihunderttausend russischen Emigranten geschrieben haben. Daß diese sich in Deutschland befinden und Obdach verlangen, scheint ihnen selbstverständlich zu sein. Wir wollen durchaus nicht gegen die russischen Emigranten in gleicher Weise gehen, wie die alldeutschen Blätter gegen die Ostjuden. Aber die Sympathie unserer Alldeutschen für die ersteren scheint stark damit zusammenzuhängen, daß sich unter ihnen jüdische Anhänger Koltzschs, Denikins und Wrangels befinden, die ein köstliches Menschentelevisier für monarchistische Verschwörungen liefern.

Provinziallandtag und Selbstverwaltung.

Der Brandenburgische Provinziallandtag trat am Mittwoch im Landeshause zur Fortsetzung seiner 51. Sitzung zusammen. Ihm ist als wichtigste Vorlage noch der Bericht des Ausschusses über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen zugegangen. Der Ausschuh beantragt folgenden Beschluf:

Der Provinziallandtag wolle der Staatsregierung sein Gutachten über den vorliegenden Gesetzentwurf dahin abgeben, daß die im Artikel 72 der preussischen Verfassung vorgesehene selbständige zu verwaltenden Angelegenheiten nur durchgeführt werden können, wenn die Provinzen auch finanziell selbständig gemacht würden, was sie heute ganz und gar nicht sind. Der Staat wolle den Provinzen weitere Aufgaben übertragen, ohne ihnen zugleich eine finanzielle Selbständigkeit zu geben. Gegenwärtig seien die Provinzen lediglich auf die Staatszuschüsse und auf die Leistungen der Unterverbände angewiesen. Für die Provinz Brandenburg betrage der Staatszuschuf jährlich 1 1/2 Millionen, was nach den heutigen Verhältnissen vollkommen unzureichend sei. Alle noch so schönen Darlegungen über die Stärkung der Selbstverwaltung bleiben leere Worte, solange die Kostenfrage nicht eine ausreichende Regelung gefunden habe.

Der ausführliche Bericht des Ausschusses betont, daß die im Artikel 72 der preussischen Verfassung vorgesehene selbständige zu verwaltenden Angelegenheiten nur durchgeführt werden können, wenn die Provinzen auch finanziell selbständig gemacht würden, was sie heute ganz und gar nicht sind. Der Staat wolle den Provinzen weitere Aufgaben übertragen, ohne ihnen zugleich eine finanzielle Selbständigkeit zu geben. Gegenwärtig seien die Provinzen lediglich auf die Staatszuschüsse und auf die Leistungen der Unterverbände angewiesen. Für die Provinz Brandenburg betrage der Staatszuschuf jährlich 1 1/2 Millionen, was nach den heutigen Verhältnissen vollkommen unzureichend sei. Alle noch so schönen Darlegungen über die Stärkung der Selbstverwaltung bleiben leere Worte, solange die Kostenfrage nicht eine ausreichende Regelung gefunden habe.

Lehrantsbesetzung und Parteizugehörigkeit.

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Vor einiger Zeit ist in der Preussischen Landesversammlung von dem Abg. Lukassowich (Dnat.) folgende kleine Anfrage gestellt worden:

„In verschiedenen Gemeinden, z. B. Berlin-Niederschöneweide, wird bei Stellenausschreibungen im „Freien Lehrer“ das Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei als Bedingung für die Wahl des Lehrers genannt. Dieses Verfahren der betreffenden Gemeinden verstößt gegen die Artikel 128 und 130 der Reichsverfassung.“

Ist die Staatsregierung bereit, gegen solche Mißgriffe auf das entschiedenste einzuschreiten und wie bisher die Besetzung der Stellen nach der Fähigkeit und beruflichen Bewährung vornehmen zu lassen?“

Auf diese Anfrage ist von der Unterrichtsverwaltung die nachstehende Antwort erteilt worden:

„Es ist der Unterrichtsverwaltung bekannt, daß in einigen wenigen (zwei?) Fällen bei Ausschreibungen von Rektor- und Lehrstellen Meldungen von Anhängern bestimmter politischer Parteien durch Gemeindevorstände in Zeitungen verlangt worden sind.“

Die Unterrichtsverwaltung steht nicht an, solche Ausschreibungen zu bedauern und es für unvereinbar mit der Reichsverfassung zu erklären, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei zur Bedingung für die Wahl eines Lehrers oder Rektors gemacht wird. Sie bekennet sich durchaus zu dem Grundsatz, daß bei Wahlen von Lehrern und Rektoren lediglich die Befähigung und die berufliche Bewährung der Bewerber ausschlaggebend sein dürfen.

Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß ihre heute bekundete Stellungnahme zu der vorliegenden Anfrage ausreichen wird, die Gemeindevorstellungen in Zukunft von derartigen nach der Reichsverfassung unzulässigen Ausschreibungen abzuhalten.“

Nachwort der Redaktion: Lediglich die Befähigung und die berufliche Eignung. Wir hören es gern. Gilt das nun aber auch im Falle Döring?

Gewerkschaftsbewegung

Der große Sumpf.

In dem Unionistenfest Lohberg spielte ein Mann eine Rolle, der einstmals in der französischen Fremdenlegion bis zum Sergeanten emporstieg, dann französischer Spion wurde und plötzlich zum Vollhauer im Thyssen-Konzern avancierte. Dieser Mann hatte nie etwas mit Gewerkschaften zu tun und es ist daher selbstverständlich, daß er nach dem 9. November 1918 fürchterlich über die „Gewerkschaftskonzern“ herzog und den donnernden Beifall aller jener erhielt, die sich über die „Arbeiterverräter“ entsetzten. Dieser Mann blieb aber nicht nur Vollhauer im Thyssen-Konzern, er begnügte sich auch keineswegs mit der Stellung eines Betriebsobmanns, er wurde sogar „Großkaufmann“ und mußte für die ganze Belegschaft Schuhe und Anzüge einlaufen. Zu diesem Zwecke machte er große Reisen, über die er natürlich eine Kostenrechnung aufstellte, die er selbst prüfte und von den Einnahmen beglich. Solch eine Rechnung des ehrbaren „Großkaufmanns“ hatte folgendes Gesicht:

18 Fahrten nach Berlin (je 98 M. = 1764 M.) 2000 M.;
9 Fahrten (6) von Berlin nach Frankfurt (je 77 M. = 462 M.)
900 M.; 9 Fahrten (6) von Frankfurt nach Gießen (je 9 M. = 54 M.)
778 M.; Droschkenfahrten innerhalb der 22 Tage zwischen Heeres-
abwicklungsamt, Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium,
Reichskohlenkommission und Sozialversicherungsabteilung 900 M.; Ver-
ladekosten (7 Arbeiter zu 8 Stunden a 7,55 M. = 350,94 M.) 380 M.;
8 Ueberstunden zu 50 Proz. Zuschlag (587,44 M.) 540 M.; drei
Spediture je 420 M. = 1260 M.; Fracht bis Lohberg 1115 M.;
Widatversicherung (Versicherungsschein gefälligst, nicht dorgelegt)
9117 M.; Spesen für 22 Tage (pro Tag 118 M. = 7788 M.)
7800 M.; an Schmiergeldern 1190 M.; Summa 25958 M.

Wir haben dieser Rechnung die wirklichen Kosten jedesmal in Klammern beigelegt, um der Mitwelt zu zeigen, wie uneigennützig und opferbereit unser kommunistisch-unionistischer Betriebsobmann war. Daß er alle Zahlen nach oben abrundete, liegt daran, daß er eben ein Revolutionär ist, die bekanntlich immer ganze Arbeit machen und sich mit Kleinigkeiten nicht abgeben. Bemerkenswert ist noch, daß die angegebenen Verladekosten und die Ueberstunden bereits vom Reichsbeleidungsamt bezahlt waren und daß der Versicherungsschein gefälligst war. Die Spesen, die der „Arbeiterführer“ neben seinem Lohn erhielt, die 900 M. für Droschkenfahrten in Berlin und die 1190 M. „Schmiergelder“ sollten allen „Arbeiterverrättern“, die an Fettnäpfen fielen, endlich einmal zeigen, in wie unerhöhter Weise sie die Groschen der Arbeiter verschwendeten. Mühselig bleibt uns nur, wie unser Freund, der Leo Pfeffer heißt, bei dieser einsparungsreichen Tätigkeit so viel Gelder aufbringen konnte, daß er jetzt in Frankfurt in der Pfalz als selbständiger Kaufmann lebt. Man sagt, daß die Jechenverwaltung ihm nicht ganz fern stand. Bemerkenswert sei noch, daß dieses Subjekt es fertig bekam, seine kommunistisch-unionistisch-syndikalistischen Kameraden bei der Militärverwaltung in Babel zu denunzieren.

Die Geschichte des Kaufmanns Pfeffer in Frankfurt hat aber noch eine andere Seite. Darüber schreibt die „Bergarbeiter-Zeitung“ folgendes:

„So erklärlich es ist, daß die Jechenverwaltung diesen revolutionären Betriebsobmann in jeder Hinsicht unterstützte, denn je mehr er die Belegschaft kommunistisch-unionistisch durcheinander macht, je mehr er die einzige Bergarbeiterorganisation, den Verband, schwächt, desto mehr blüht der Weizen für Thyssen, aber daß die Reichsministerien und Reichsämtler mit dem Manne verhandeln und Geschäfte machen, das ist nicht nur unverständlich, das ist ein Skandal! Sind Schuhe und Kleider an die Bergarbeiter zu verteilen, so ist das nicht Sache irgendeiner Belegschaft oder irgendeines Betriebsratsmitgliedes, sondern Sache der Organisation der Arbeiterschaft. Dazu sind kostspielige Reisen und Ausgaben von 26000 M. für einen einmaligen Anlauf nicht erforderlich, das kann durch die bestehenden Organisationen gemacht werden, ohne zu reisen, ohne Schmiergelder! Wo soll das hinfließen, wenn von jeder Schachtanlage ein kommunistisch-unionistisch-syndikalistisches Betriebsratsmitglied in der Welt herumfährt, Droschkenfahrten macht, Schmiergelder auswirft, um einen Posten Schuhe von der Reichsbelegschaft zu „kaufen“ und dieser Posten dann mit 26000 Mark verteuert wird? Die Belegschaft, welche die Waren kauft, oder sonst die Steuerzahler müssen diese bößlich überflüssigen Kosten tragen. Eine Stelle muß sie tragen und hat sie getragen zum Nutzen des Herrn Leo Pfeffer, der dadurch „gesund“ und selbständiger Kaufmann wurde.“

Es erscheint uns noch heute dringend notwendig, daß einmal geprüft wird, wie es möglich ist, daß solch ein ausgemachter Sumpf in die Lage kommt, mit Ministerien Geschäfte abzuschließen, was den berufenen Arbeitervertretern nicht immer so leicht gemacht wird.

Der Arbeiterschaft zeigt der Herr Pfeffer wieder einmal, daß der kommunistisch-unionistische Sumpf gewaltige Ausdehnungen angenommen hat. Es ist unmöglich, alle in ihm wachsenden Blüten zu beschreiben, aber notwendig erscheint es, besonders duftende den Arbeitern zu präsentieren. Demen erwächst die Pflicht, diese Blüten auszurotten und den Sumpf zu Mutterland zu machen, auf dem die sozialistische Saat gedeiht und reiche Früchte trägt.

Abbau der städtischen Verwaltung.

Die trostlose finanzielle Lage des Reiches, der Staaten und der Gemeinden und insbesondere die Uebernahme der im Entente-Ultimatum aufgestellten Forderungen zwingen zur äußersten Sparsamkeit. Die Behörden müssen ihren Betrieb auf das notwendigste Maß einschränken und daher an den Abbau des großen Verwaltungsapparates gehen. So hat sich jetzt auch der Magistrat Berlin entschlossen, mit dem Abbau der Bezirkskohlentellen zu beginnen. Es sollen durchschnittlich je fünfzehn Kräfte entlassen werden, wogegen der Betriebsrat Einspruch erhoben hat. In einem Schreiben an die Bezirkskohlentellen sagt Oberbürgermeister Böck, daß nunmehr „sämtlichen Kräften der Bezirkskohlentellen wegen Arbeitsmangels (Abbau) zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl zu kündigen“ ist, von denen jedoch wieder eingestellt werden sollen, wie gebraucht werden. Diese Maßnahme hat natürlich unter den Betroffenen große Erregung hervorgerufen.

Vom Betriebsrat wird uns mitgeteilt, daß er gegen den Abbau nichts einzuwenden hat, daß er aber mit den Kündigungen nicht einverstanden ist, weil die Möglichkeit besteht, die in einzelnen Dienststellen überflüssigen Kräfte auf solche Dienststellen zu verteilen, in denen ein Mangel an Personal besteht. Es wurde

uns auf das Bestimmteste versichert, daß dieser Ausgleich möglich und daher jede Entlassung unnötig ist. Weiter betont der Betriebsrat, daß er sich so lange gegen Entlassungen wehren wird, solange noch in größerer Anzahl Löhner von Magistratsbeamten in der Verwaltung beschäftigt sind. Wenn es zutrifft, daß — wie uns versichert wird — allein ein Magistratssekretär vier Löhner in der Verwaltung untergebracht hat, dann ist es natürlich ein Skandal, wenn man statt ihrer Familienväter entläßt. Es wird Aufgabe der Stadtverordnetenfraktion und der in Frage kommenden Organisationen sein, nachzuprüfen, ob tatsächlich solche Zustände bestehen und dann sehr gründlich mit dieser Wettbewerbswirtschaft aufzuräumen, ehe man zu dem geplanten „Abbau“ schreitet. Die „Rote Fahne“ nützt die Gelegenheit aus, um mit riesigem Aufwand von Phrasen zu beweisen, daß nicht Entlassungen, sondern Neueinstellungen vom Berliner Magistrat vorge-

Veränderung unserer Fernsprechanchlüsse!

Infolge des Umbaus unserer Telephonanlage verändern sich die Fernsprechanchlüsse wie folgt:

REDAKTION

Moritzplatz 15195-97

Vorwärts-Verlag (Zeitungsverlag) sowie Hauptexpedition und Inseratenabteilung Moritzplatz 11753-54

Nachexpedition wie bisher Moritzplatz 15195

Buchdruckerei u. Buchhandlung (Verlag und Sortiment) 15190-94

Wir bitten, vor allem von der Veränderung der Telephonnummern der Redaktion Kenntnis zu nehmen, damit bei Ferngesprächen von Orten ausserhalb Berlins keine Verwechslungen mit den bisherigen Nummern stattfinden.

nommen werden“ müssen. Sie verlangt, daß eventuell eine Verkürzung der Arbeitszeit, unter Fortzahlung des vollen Lohnes“ in den städtischen Betrieben eingeführt wird und gibt dem Magistrat den guten Rat, seinen Vankrott zu erklären, falls er nicht in der Lage ist, diese kommunistischen Forderungen durchzuführen. Ob damit den städtischen Beamten und Arbeitern geholfen ist, wagen wir sehr zu bezweifeln. Es ist ein Unsinn, den Leuten vorzuschwären, es bestände die Möglichkeit, neue Kräfte einzustellen und gegebenenfalls die Arbeitszeit zu verkürzen und den vollen Lohn weiterzuzahlen. Die Folge wäre eine ungeheure Erhöhung der Preise für Gas, Wasser, elektrisches Licht und des Straßenbahnfahrpreises, ein weiteres gewaltiges Anziehen der Steuerkrähe, die Verelendung der breiten Volksmassen würde „glänzende“ Fortschritte machen. Gewinnen würden dabei höchstens die Kommunisten, die die verzweifeltsten Massen dann wieder auf die Straße rufen und für Moskau ins Feuer schicken können. Kommunistiche Phrasen und Weltverbesserungsmethoden ist nichts getan. Man kann das Elend, so weit das überhaupt möglich ist, nur dann mildern, wenn man der brutalen Wirklichkeit ins Auge schaut und den Mut aufbringt, das zu tun, was sie gebietet.

Gehaltsverhältnisse im Galatistenverein.

Der rühmlichst bekannte Galatistenverein („Deutscher Postmarxistenverein“) beschäftigt einen Bureauvorsteher mit akademischer Vorbildung und zahlt demselben ein Monatsgehalt von 700 Mark, wie es heute für einfache Kontorarbeiten einem jungen Mädchen gezahlt wird. Die Antwort auf eine in höflicher Form zusammen mit den übrigen Angestellten vorgetragene Bitte um Gehaltserhöhung, war das Kündigungs-schreiben, in dem auch ganz deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Kündigung wegen des Zulageanspruches erfolgt ist. Da weder Schlichtungsausschuss noch Kaufmannsgericht zuständig ist und der arme Teufel von Bureauvorsteher die Kosten eines ordentlichen Gerichtsverfahrens nicht aufbringen kann, flieht der Angestellte auf's Pfaster, weil er mit dem Gehalt von 700 M. nicht zufrieden sein kann.

Die Tarifverhandlungen im Kohlenrohhandel.

Nachdem wegen des Kündigungsparagraphen es mit dem Arbeitgeberverband zu keiner Verständigung über den neuen Tarifvertrag kommen konnte, ist unsererseits der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin angerufen worden. Wie wir jetzt festgestellt haben, hat der G. I. A. (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband und Verband für weibliche Angestellte) am 14. und 18. d. M., Sonderverhandlungen mit dem Verband der Berliner Kohlenrohändler gepflogen. Bereits in der ersten Verhandlung ist dabei anscheinend eine Gehaltsstaffel vereinbart worden. Wir machen unsere Kollegenschaft, insbesondere aber die Angestellten- und Betriebsräte sowie Betriebsobleute darauf aufmerksam, daß dieses Abkommen unsererseits nicht anerkannt wird. Seitens des G. I. A. wird diesem Abkommen ebenfalls nicht zugestimmt. Es hat nur Gültigkeit für Mitglieder des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände, alle anderen Mitteilungen des G. I. A. sind falsch. Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, Sektion Kohlen.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder! Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet vom 23. bis 25. Mai in der Aula des Rommsen-Gymnasiums, Wormser Str. 11, und am 26. Mai in der Aula der Fürstin-Viktoria-Schule, Sehbelstraße 2, eine wissenschaftliche Filmvorführung mit Begleitvortrag über „Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen“. Die Vorführungen finden statt nachmittags um 4 Uhr für Personen weiblichen Geschlechts, bei denen eine Ärztin den Begleitvortrag hält, und um 6 und 8 Uhr

für Personen beiderlei Geschlechts. Bei der Vorführung um 6 Uhr soll im ärztlichen Begleitvortrag besonders auf jugendliche Mischheit geachtet werden.

Wir empfehlen den Mitgliedern der Gewerkschaften den Besuch dieser Vorführungen. Karten zum Eintrittspreis von 1,50 M. können in unserem Bureau, Engelauer 15 I, Zimmer 13, in Empfang genommen werden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebend.
J. A. G. Sabath.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten hat, nachdem der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses auf Zahlung einer erhöhten Feuerzuzulage vom Reichsverband der Bankleitungen abgelehnt worden ist, für Freitag, abends 7 1/2 Uhr, nach dem Germania-Praktikum, Chausseestr. 110, eine große öffentliche Bankangestellten-Versammlung einberufen, um zur Ablehnung des Schiedspruchs Stellung zu nehmen. Referenten sind die Herren Benno Marx und Karl Emontz.

Achtung, Buchbinder und Papierverarbeiter! Die Urabstimmung mußte auf Sonnabend, den 28. Mai, verschoben werden. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, diese Woche beim Abrechnen die Mitgliedsbücher von den Bezirkskassierern zu fordern. Die Ortsverwaltung.

Der Bergarbeiterstreik in Südböhmen und in Steiermark dauert an. 16000 Arbeiter feiern, wodurch 90 Proz. der inländischen Produktion lahmgelegt sind.

Die „Technische Nothilfe“ für Oesterreich. Wie die Wiener Blätter melden, hat sich in Wien ein Komitee zur Errichtung einer Technischen Nothilfe in Oesterreich nach deutschem Muster gebildet. Die Technische Nothilfe soll vollkommen unpolitisch sein, sich auf lebenswichtige Betriebe beschränken und das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise berühren.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

Die Belegschaft eines Betriebes ohne gesetzliche Betriebsvertretung kann die Rechte aus dem Betriebsrätegesetz nicht in Anspruch nehmen. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin (Altenzeichen 27971 S. 10 Ele 10.12) hat einen Beschwerdeführer mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Der Begründung entnehmen wir folgendes: „Besteht ein Arbeiter- oder Angestelltenrat nicht, so ist ein Einspruch beim Schlichtungsausschuss aus dem § 84 ff. des B.R.G. nicht zulässig, weil die Vorbedingung des Prüfungsverfahrens bezug. Verhandlungsversuchs nicht erfüllt werden kann.“

Die Arbeiterschaft der Firma hat es bisher abgelehnt, einen Betriebsrat zu wählen mit der Begründung, daß die ihr im Betriebsrätegesetz eingeräumten Rechte nicht weitgehend genug seien. Ein Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrat ist bei der Firma nicht vorhanden. Lediglich besteht ein „Ausschuss“, der aber die gesetzlichen Rechte und Pflichten des Betriebs- und Gruppenrats aus dem Betriebsrätegesetz für sich nicht geltend machen kann. Wenn die Belegschaft auf die Wahl einer gesetzlichen Arbeitnehmervertretung nach dem B.R.G. verzichtet hat, so hat sie hiermit auch gleichzeitig auf alle ihr aus dem Betriebsrätegesetz zustehenden Rechte Verzicht geleistet.

Landkassengeldner! Gruppenerkrankung des Verbandes der Gläubner. Freitag 8 Uhr abends, Restaurant Handel, Schöneberg, Borsbergstr. 11.

Betriebsräte Graphisches Gewerbe und Papierindustrie. Freitag abends 8 1/2 Uhr in best. Max-und-Karl-Geißlen, Kommandantenstr. 57/58, Gruppen-Ballversammlung. Borsberg.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Funktionen und Delegierten zur Reichs-Generalversammlung der Reichsbetriebe, Betriebsräteverbände und Reichsorganisationen! Freitag 6 1/2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 14/15, Funktionsversammlung aller drei Branchen. Bericht über Verhandlungen zum Reichsmittelrat. — Brande Wettersträger. Freitag 7 Uhr Brandversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 7b. Bericht der Betriebskommission. — Kraftfahrern! Freitag abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Brandversammlung. Stellungnahme zum Reichsmittelrat.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Freitag 1/2 Uhr in Weismanns Geißlen, Raumstraße 27, Brandversammlung aller in den Kartons, Kartonnagen- und Wellpappbetrieben beschäftigten Mitglieder. — Freitag 5 Uhr im Deutschen Hof, Danziger Straße, Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Urabstimmung.

Deutscher Werkmittel-Verband! Freitag 6 1/2 Uhr Versammlung der Betriebsvertrauensmänner aller Branchen in Haverlands Geißlen, Reuss Friedrichstraße 35. — Kartonsbranche. Freitag 5 Uhr im Schultzeis, Borsbergstr. 6b.

Bezano, für den redakt. Teil: Dr. Werner Pfeifer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glade, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin; Anst. Dr. Stern eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

Sparen ohne Einschränkungen

Ist keine Kunst, wenn Sie Continental-Absätze tragen. Durch ihre große Haltbarkeit — Leder überragend — verringern Sie Ihre Ausgaben. Sie haben dabei elastisch weichen Gang und erhöhte Geheleistung. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung „Neu-Elton“; engl. Homespun Foulé, Kammgarn, Garbadine Velour de laine, Tuche Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark
Tuch-Lager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegr. 1893



TRADITION

Die neue PROBLEM Zigarette!